

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In den Ausgabestellen und Filialen monatl. 4.50 zl.
mit Zustellgeld 4.80 zl. Bei Postbezug monatl. 4.89 zl.
vierteljährlich 14.66 zl. Unter Streifband in Polen monatl. 8 zl. Danzig
3 zl. Deutschland 2.50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr. Sonntags-Nr. 30 gr.
Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch
auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. —
Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einseitige Millimeterzeile 15 gr. die Millimeter-
zeile im Reklameteil 125 gr. Danzig 10 bzw. 80 Dz. Pf.
Deutschland 10 bzw. 70 Pf. übriges Ausland 100%, Aufschlag. — Bei Platz-
vorschrift u. schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen
schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erscheinen der An-
zeigen an bestimmten Tagen und Blättern wird keine Gewähr übernommen.
Postleitzahlen: Posen 202 157. Danzig 2528. Stettin 1847.

Nr. 240

Bromberg, Donnerstag den 19. Oktober 1933

57. Jahrg.

Fernwirkungen des deutschen Schrittes.

Wenn man die Haltung der Deutschen Regierung und der deutschen Öffentlichkeit beobachtet und sie mit den Eindrücken vergleicht, die die Berichte aus den anderen Ländern über die dortige Stellungnahme zur Genfer Krise vermittelten, dann ergibt sich, daß die Dinge kaum irgendwo in der Welt so ruhig betrachtet werden wie in Deutschland. Die Deutsche Regierung hat aus dem Verlauf der Genfer Besprechungen am Sonnabend die Konsequenzen gezogen, die ihr in Wahrung der Ehre und Würde des deutschen Volkes und der Sicherheit des Reiches geboten erschienen, und nun wartet sie ab. An dem Genfer Spiel ist sie nicht mehr interessiert, und sie hat keine Veranlassung, von sich aus eine neue Partie anzufangen.

Diese taktisch günstige Situation der Reichsregierung wird im Auslande natürlich erkannt, und man empfindet es keineswegs als angenehm, daß man selbst nunmehr die Pflicht zur Initiative hat. Auch dort ist der Wunsch, zunächst abzuwarten zu können, größer als der Drang zum Handeln. Was in der ersten Aufrégung in Genf geredet und in den Zeitungen der verschiedenen Länder geschrieben wurde, ebbt rasch ab. Namentlich in Frankreich hat sich die zur Schau getragene Entrüstung gelegt, und es ist festzustellen, daß die Rundfunkrede des Kanzlers sogar einen günstigen Eindruck gemacht hat, der sich in mit Rücksicht auf die französische Mentalität erstaunlichen Zeitungsausschreibungen fundet. Die neue rechtstreuende Zeitung "Le Jour" schreibt, die Nachricht vom Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund habe die französische Unruhe erregt. Diese Unruhe sei nach der Rede Hitlers der Überraschung gewichen. "Paris Midi" meint, man dürfe über die Erklärungen des Kanzlers nicht leichtsinnig hinweggehen. "Intransigeant" bedauert, daß der Reichskanzler seine Rede nicht vor dem Völkerbunde gehalten habe. Dort hätte sie eine wundervolle Wirkung ausgelöst. Er unterstreicht die Außerung Hitlers, die die Gewalt aus den deutsch-französischen Beziehungen ausgeschöpft sehen möchte. Geraudez begeistert von der Hitlerrede in Hervé in der "Victoire", der sie "den mächtigsten Herzensschrei eines deutschen Patrioten, der seit 15 Jahren an den Demütigungen eines Volkes leide", nennt.

Immerhin, das sind journalistische Impulsivitäten, die man für den realen Gang der Politik nicht übersehen soll. Das offizielle Frankreich übt weiter die in letzter Zeit beobachtete Zurückhaltung, vermeidet jede sensationelle Geste und sucht augenscheinlich eine neue Verständigung mit England, Amerika und, wenn sie erreichbar ist, auch mit Italien. Namentlich auf die Festigung der Beziehungen zu England legt man jetzt doppelten Wert. Man hofft, daß das britische Kabinett sich unter dem Eindruck des deutschen Schrittes zu einem eindeutigeren und entschiedeneren Verhalten gezwungen sehe werde. Den Zusammenbruch der Abrüstungskonferenz befürchtet man in Paris nicht allzusehr. Es ist der Regierung ohnedies der Vorwurf gemacht worden, daß sie in ihren Konzessionen zu weit gegangen sei.

Das in der Rundfunkrede Hitlers enthaltene Angebot einer direkten deutsch-französischen Verständigung hat in der Presse zum Teil ein gutes Echo gefunden. Aber man steht ihm doch auch wieder mit einem gewissen Misstrauen gegenüber, weil man dahinter die Absicht vermutet, Frankreich aus seinem Bunde mit England und Amerika herauszulocken und weil man Deutschland auf keinen Fall isoliert gegenüberstehen will. Deshalb macht sich in Paris auch entschlossener Widerstand gegen Abrüstungsverhandlungen im Rahmen des Viererpaktes geltend. Auch dort fürchtet man, nicht die Flankendeckung zu haben, die der Völkerbund bot. In den politischen Kreisen Frankreichs, die dem Viermächtepakt von vornherein ablehnend gegenüberstanden, sieht man in dem Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund, der nach dem Wortlaut des Paktes ja seine Grundlage darstellt, sogar eine Möglichkeit, ihn wieder los zuwerden. Bekanntlich ist er noch nicht ratifiziert, und die Widerstände gegen die Ratifikation werden jetzt wachsen.

Natürlich glauben die radikalen Gegner jeder Verständigung mit Deutschland, daß jetzt ihre Stunde gekommen sei. Sie verweisen darauf, daß die Entwaffnungsvorchriften des Versailler Vertrages dem Völkerbundrat gewisse Funktionen zuerteilen. Man macht sich zwar keine Illusionen darüber, daß im Rat ein Beschluß über irgend eine Aktion gegen Deutschland durchzusetzen wäre. Aber gerade dann besteht die Möglichkeit, daß der Rat sich dadurch aus der Affäre zu ziehen versucht, daß er die strittige Frage dem eigenen Ermessen der sich getroffen führenden Partei überläßt. Auf Grund dieses Absatzes 7 im Artikel 15 des Völkerbundpaktess hoffen gewisse Kreise in Frankreich, in der Auseinandersetzung mit Deutschland dann völlige Bewegungsfreiheit zu bekommen.

Wie man sie auszunutzen gedenkt, bleibt im Augenblick unklar. Von Sanktionen spricht man auch in Paris nicht mehr, nachdem sowohl London wie Washington eindeutig erklärt haben, daß sie sich an solchen Sanktionen nicht beteiligen würden. Von Italien, auf das man in dieser Beziehung niemals gerechnet hatte, gar nicht zu reden. Norman Davis hat in neuen Instruktionen Roosevelts aus-

drücklich die Anweisung erhalten, sich von allen Besprechungen fernzuhalten, die den Zweck verfolgen sollten, Zwangsmahnahmen gegen Deutschland zu erörtern. Die englische Stellung ist die gleiche und, wie bekannt wird, würde auch Belgien Frankreich dabei die Gefolgschaft verfassen, sodass nur die östlichen Alliierten Paris für eine solche Politik zur Verfügung stehen würden.

Macdonald, einer der wenigen europäischen Staatsmänner, die immer noch mit einer schon fast rührenden Hingabe an dem Glauben an internationale Verständigungsmöglichkeiten festhalten, scheint einen verzweifelten Versuch zur Rettung der Abrüstungskonferenz machen zu wollen. Von ihm, und nicht von Italien, das sich auffällig zurückhält, geht die Anregung aus, die Unterzeichner des Viererpaktes zusammenzurufen, um die Zusammenarbeit mit Deutschland neu zu organisieren. Da Amerika die Bereitswilligkeit ausgesprochen hat, sich gegebenenfalls an solchen Besprechungen zu beteiligen, würde u. U. eine Fünfer-Konferenz daraus werden. Auf jeden Fall sucht man in England, nachdem Sir John Simon so lange das Feuer mitführen half, an dem Frankreich seine antideutsche Suppe zu kochen versuchte, jetzt alle Maßnahmen zu verhindern, die provozierend auf Deutschland wirken könnten; denn die Gefahren der Lage sieht man in London heute weniger in dem deutschen Schritt gegen Genf, als in den etwaigen Gegenaktionen anderer Länder.

In Italien machen sich Stimmen bemerkbar, die die europäische Debatte überhaupt für einige Zeit vom Abrüstungsproblem fort und auf die immer noch unge lösten wirtschaftlichen Fragen der Welt hinlenken möchten. Im übrigen sieht man dort als schließlich Lösung der jetzigen Zwiespältigkeiten den Abschluss zweier Nichtangriffspakte zwischen Deutschland und den übrigen Ländern.

In Japan hat der deutsche Schritt viel Verständnis und günstige Aufnahme gefunden. Die Konsequenz aus dem Zusammenbruch der Abrüstungskonferenz zieht man in Tokio auf seine Weise. Das Kabinett, das bisher den Forderungen des Kriegs- und Marineministeriums heftig widerstrebt, wird ihnen nunmehr zustimmen, da es überzeugt ist, daß das Scheitern von Genf das Signal zu einem allgemeinen Wettrüsten sein wird.

In den Vereinigten Staaten zeigt sich eine unerwartete wirtschaftliche Rückwirkung. Der Dollar, den Roosevelt im Interesse seines wirtschaftlichen Programms auf einem niedrigen Kurs zu halten versucht, steigt plötzlich und man erwartet, daß er ohne große Dollarabgaben im Auslande bald wieder seine alte Parität erreicht haben würde. Amerikanisches Fluchtkapital kehrt aus dem jetzt verdächtig werdenden Europa zurück, und europäische Werte suchen in USA eine sichere Zufluchtsstätte.

Amerika zieht sich zurück.

Genf, 18. Oktober.

Auf Grund der aus Washington eingetroffenen Instruktionen hat der amerikanische Hauptdelegierte Norman Davis eine offizielle Erklärung veröffentlicht, in der einleitend der Wunsch der Amerikanischen Regierung auf eine Weiterführung der Abrüstungsverhandlungen bis zum endgültigen Erfolg zum Ausdruck kommt.

Die amerikanische Vertretung, heißt es weiter, sei nach Genf ausschließlich zur Regelung der Abrüstungsfrage gekommen. Jedoch sei die Amerikanische Regierung in keiner Weise an dem rein europäischen Charakter oder an den rein politischen Elementen des Abrüstungsproblems interessiert. Die amerikanische Abordnung betont ferner mit großem Nachdruck, daß die Amerikanische Regierung in keiner Weise der politische Alliierte irgend einer europäischen Macht sei. Das einzige gegenwärtig bestehende Ziel könne nur auf der Grundlage der Weltabrüstung erreicht werden. Die Frage, wie weit der gegenwärtige Augenblick günstig für eine Fortsetzung der Abrüstungsverhandlungen sei, müsse jetzt von Europa und nicht von den Vereinigten Staaten entschieden werden. Im Laufe der kommenden Woche würden jetzt zwischen den Hauptstädten Europas Verhandlungen stattfinden.

Die amerikanische Abordnung hege nicht den Wunsch, daran aktiv teilzunehmen, da es sich hierbei um Fragen rein politischen Charakters handele. Die vom Präsidenten Roosevelt in seiner Botschaft an die Staatsoberhäupter dargelegten Grundsätze seien auch heute noch die einzige Politik der Vereinigten Staaten.

Die Erklärungen von Norman Davis sind von sehr großer Bedeutung. Sie bestätigen zunächst, daß die Regierung Roosevelt, der Stimmung der amerikanischen Bevölkerung entsprechend und der traditionellen Nachkriegspolitik der Vereinigten Staaten getreu, sich von den politischen Konflikten Europas fernzuhalten entschlossen ist. Der amerikanische Unterhändler sieht, dem Text seiner Ausführungen nach, die entstandene Spannung weniger in sachlichen Differenzen über die Abrüstung, als in politischen Elementen oder in rein europäischen Seiten des Problems begründet. Wo bei der Abrüstungsfrage die Grenze zwischen Rüstungsfragen und politischen Fragen gezogen werden soll und wie sie gezogen werden kann, bleibt ein Geheimnis.

Der Schmach der Abrüstungskonferenz.

London, 18. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Unter der Überschrift „Gebrochenes Versprechen“ äußert sich Lloyd George in einem Copyright-Artikel zum Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund und der Abrüstungskonferenz, wobei er u. a. sagt, es sei an der Zeit gewesen, der Schmach der Abrüstungskonferenz Einhalt zu gebieten, denn ihre anmaßende Rechtsverdrehung habe Europa an den Rand des Krieges gebracht. Der schmähliche Vertragsbruch der den Völkerbund beherrschenden Nationen sei die Ursache, warum Hitler sein Manifest im Namen der deutschen Nation verkündet habe. Er habe damit der Entrüstung eines jeden ehrbaren Mannes in Deutschland über den an seinem großen Lande verübten schamlosen und vollendeten Betrug und Verrat Ausdruck gegeben.

Lloyd George spricht dann wörtlich von der „Insammlung dieses abscheulichen Vertragsbruches in der Weltgeschichte“,

und sagt: Könnte irgend eine sich selbst achtende Nation etwas anderes tun, als was Deutschland am vergangenen Sonnabend getan hat?“ Deutschland ist von großen und kleinen Staaten umgeben, die an seiner Grenze mit den schrecklichen Waffen drohen, die jemals von der Menschheit in der Kriegsführung verwendet wurden. Deutschland hat keine Festungen, keine schweren Geschütze, keine Tanks, keine Luftabwehrgerüste, die alle wichtig zur Verteidigung eines Landes gegen einen Einfall sind. Wie lange würden wir eine solche Erniedrigung unter ähnlichen Umständen ertragen haben? Wenn jetzt die Mächte mit einem Krieg gegen Deutschland drohen würden, dann würde das moralische Recht auf Seiten Deutschlands sein. Das Herz und das Gemissen des englischen Volkes würden einen solchen Kampf nicht unterstützen.

Abschließend sagt Lloyd George ironisch, er gratuliere der Englischen Regierung, daß es ihr gelungen sei, eine große Macht aus dem Völkerbund zu vertreiben und schließt mit den Worten: „Heil Macdonald“.

Daladier bleibt unnachgiebig.

Paris, 18. Oktober. (PAT) Gestern nachmittag 8 Uhr wurde die Parlamentssession eröffnet. Die Sitzung, die nicht ganz eine Stunde dauerte, wurde in der Hauptsache von der Rede des Ministerpräsidenten Daladier ausfüllt. Zunächst legte der Ministerpräsident den Entwurf der Finanz- und Wirtschaftsanierung vor und betonte die Dringlichkeit des Antrages. Der Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund lege noch einmal Frankreich die Pflicht auf, im Staatshaushalt Ordnung zu schaffen. Die Dringlichkeitsberatung der Regierungsvorlage zum Ausgleich des Fehlbeitrages im Haushaltplan wurde mit 470 gegen 120 Stimmen beschlossen.

Auf die durch den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund und der Abrüstungskonferenz geschaffenen neuen Lage eingehend, betonte Daladier, daß diese Tatsache einen neuen Faktor in die Diskussion über das Problem der Organierung des Friedens geschaffen habe, dessen Einfluss die Regierung allseitig prüfe. Vor dem Beginn der parlamentarischen Diskussion über dieses Problem müsse das Terrain klar abgesteckt werden, auf dem sich die Diskussion abwickeln soll. Mit allem Bewußtsein könne die Regierung feststellen, daß sie stets eine Politik der internationalen Zusammenarbeit geführt habe, belebt von dem heinen Wunsch, daß gegenseitige Vertrauen und die Sicherheit wiederhergestellt, ohne der Würde irgend eines Volkes zu nahe zu treten. Der Ministerpräsident erklärte zum Schluss, daß Frankreich der Völkerbundspolitik und seinen politischen Freunden in der Welt treu bleiben werde.

Zu gleicher Zeit sprach im Senat Paul Boncour, der mit besonderer Befriedigung feststellte, daß die Freundschaften Frankreichs stärker denn je seien.

Simon im Rundfunk.

London, 18. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Der englische Außenminister Simon sprach im Rundfunk über die deutschen Beschlüsse, wobei er zwar erklärte, daß England nach wie vor auf dem Boden der deutschen Gleichberechtigung-Zulassung stehe, aber durchblicken ließ, daß er an den in Genf zuletzt beschlossenen Änderungen im Abrüstungsplan festhalte.

Das Reichsgericht im Reichstag.

Kleinarbeit.

Berlin, 17. Oktober. Bei der peinlich genauen Aufklärung aller Einzelvorgänge, die mit dem Reichstagsbrand im Zusammenhang stehen könnten, ist der vierter Strafssenat jetzt zur Vernehmung der Reichstagsabgeordneten gekommen. Hierbei wurde festgestellt, daß zu den Führungen, die im Reichstagsgebäude stattfanden, Wiederburschen gratis Zutritt erhielten. Es wurde auch ausdrücklich bestätigt, daß sich Besucher bei den großen Führungen einmal „vertrümln“, daß Abgeordnete jede beliebige Person mithereinnehmen konnten. Auch mit Blanko-Besucherkarten konnte erheblicher Missbrauch getrieben werden. Aus alledem ergibt sich, daß unbefugte Personen ziemlich leicht trotz aller Aspermungsmaßregeln in den Reichstag Eintritt erhalten konnten.

In der Montag-Verhandlung wurden nicht weniger als 14 Zeugen, ausschließlich Beamte des Reichstages, vernommen. Der Votzenmeister beim Reichstag, Prodöhl, erklärt auf eine Frage des Oberrechtsanwalts mit Nachdruck, daß er am 27. Februar, am Tage des Reichstagsbrandes, nicht einen einzigen Beamten beurlaubt habe. Wenn jemand das behauptet wolle, so sei das eine ganz infame Lüge. Der Amtsgehilfe Schmal erklärte mit aller Bestimmtheit, von der Lubbe bereits am Nachmittag des Brandtages vor dem Reichstag gesehen zu haben. Eine diesbezügliche an van der Lubbe durch den Senatspräsidenten gerichtete Frage bleibt unbeantwortet. Van der Lubbe steht zwar auf, gibt aber keinen Laut von sich.

Bei der Vernehmung des Werkführers Scholz, des Beleuchters im Reichstage, schildert der Zeuge sein Verhalten am Brandtage. Als er an den Fraktionsräumen der Kommunisten im Obergeschoss vorbeigegangen sei, wäre die Scheibe, die vom ersten Obergeschoss nach dem Dachgeschoss ging, unbedingt noch ganz gewesen. Er habe gehört, daß um 20.38 Uhr der Abgeordnete Torgler mit dem Abgeordneten Koenen und der Sekretärin der Kommunistischen Partei die Treppe heruntergekommen seien. Etwas Auffälliges habe er nicht bemerkt. Auf die Frage des Angeklagten Torgler, ob es dem Zeugen bekannt sei, daß im Vorraum zu dem Fraktionsaal sehr oft, auch abends, die Lampe nicht gebrannt hat, sondern daß man durch einen finsternen Raum hindurchgehen müste, erklärte der Zeuge, es sei vielleicht auch vorgekommen, daß die Herren mitunter selbst das Licht auslöschen, weil sie nicht gesehen werden wollten.

Die Verhandlung wird darauf auf Dienstag vormittag vertagt.

Der Prozeß kommt in ein politisches Stadium.

Berlin, 18. Oktober.

Nach 18 tägigen Verhandlungen ist der Brandstifter-Prozeß nunmehr in das politische Stadium eingetreten. Oberrechtsanwalt Dr. Werner stellte zum Schlusse der Dienstag-Sitzung den Antrag, den Polizeipräsidenten und Übergruppenführer der SA, Heines, den Polizeipräsidenten Grafen Hellendorf und den Oberleutnant Schulz als Zeugen zu vernehmen. Den Antrag begründete der Oberrechtsanwalt mit der Notwendigkeit, die im Braubuch aufgestellten Behauptungen über die Brandstiftung von Grund auf zu widerlegen, nachdem verschiedene Zeugenaussagen des letzten Verhandlungstages das Märchen von der Verwendbarkeit des unterirdischen Gangs zwischen dem Reichstag und dem Reichstagspräsidenten-Palais für eine imaginäre „Brandstifter-Kolonne“, die aus „sicheren SA- und SS-Führern“ bestanden haben soll, bereits als unmöglich hinstellten. Da das Braubuch unter Sicht einer angeblich von dem deutschnationalen Abgeordneten Dr. Oberfohrer stammenden Denkschrift behauptet, daß die genannte Brandstifter-Kolonne am 27. Februar, nach einer Generalprobe am vorhergehenden Tage, in den Reichstag eingedrungen sei, wobei van der Lubbe als finstner oder schäfer Mann, in der Reihe marschiert sei, sind diese Behauptungen in engstem Zusammenhang mit dem Prozeßthema bezw. mit dem Hauptangeklagten gestellt.

Das Braubuch stellt weiter Ministerpräsident Göring als den Auftraggeber und Reichsminister Dr. Göbbels als den Urheber der Reichstagsbrandstiftung hin, und zwar, wie der Oberrechtsanwalt besonders hervorhob, in einer Weise, die nur als vollkommen unbewiesene Verdächtigung und Verleumdung angesehen werden kann. Auch dieser Behauptung soll nunmehr dadurch entgegengesetzt werden, als sowohl Ministerpräsident Göring als auch Reichsminister Dr. Göbbels als Zeugen im Prozeß vernommen werden.

Das Gericht hat den gestellten Anträgen stattgegeben, mit der Bestimmung, daß Heines, Schulz und Hellendorf bereits am nächsten Freitag geladen werden, während die Vernehmung der beiden Minister in Abwacht dessen, daß sie auch über die damalige politische Lage gehört werden sollen, auf einen späteren geeigneten Zeitpunkt versetzt wird. Auf besonderen Antrag des Verteidigers Dr. Sadl wurde in Erweiterung der Anträge des Oberrechtsanwalts durch das Gericht beschlossen, auch diejenigen Personen als Zeugen zu laden, bei denen sich Heines und Schulz in den Tagen vor dem Reichstagsbrand bis nach dem Reichstagsbrand aufgehalten haben.

Die Montag-Verhandlung begann mit folgender Erklärung des Senatspräsidenten Dr. Bünger: „Nach Zeitungsmeldungen ist der Königlich-niederländische Generalkonsul von Leipzig Knobel gestern abend plötzlich gestorben. Der Generalkonsul Knobel hat diesem Prozeß täglich beigewohnt und ein besonderes Interesse dafür gezeigt. Der Senat bedauert von Herzen das Hinscheiden dieses ausgezeichneten objektiv denkenden Mannes.“ Die Zeugenvernehmungen in der Dienstag-Verhandlung erstreckten sich lediglich auf technische Fragen. Im besonderen wurden die Zeugen über die Beschaffenheit des Gestühls im Reichstagsitzungssaal, über die Pultdeckel, Ventilatoren und Belüftungseinrichtungen gehört.

Der Anruf in Torglers Zimmer.

Ein Zeuge, der seit über 20 Jahren an der Garderober am Portal II Dienst getan hat, hat zehn Minuten vor 20 Uhr die Garderober des Abgeordneten Torgler bemerkbar. Er rief auf Zimmer 9a an. Es meldete sich niemand, und auch ein zweiter Anruf war ergebnislos. Ebenso hatten zwei Anrufe nach dem Nebenzimmer 9b keinen Erfolg. Ein Besetzzeichen kam auch nicht. Als er den Hörer noch in

der Hand hatte, kam in der Garderober während des letzten Anrufs ein Anruf an, den der Fahrstuhlführer abnahm. Es sollte die Garderober Torglers herausgebracht werden. Das ist auch geschehen. Um 20 Uhr war der Fahrstuhlführer wieder unten. Drei Minuten später wurde das Portal verschlossen.

Rechtsanwalt Dr. Sadl legt Wert darauf, daß der Zeuge von sich aussagt, welche Geräusche während der Anrufe er beim ersten und zweiten Anruf auf dem Telephonapparat gemacht hat.

Der Zeuge hebt hervor, daß er kein Besetzzeichen gehört habe und daß es auf beiden Apparaten genau das gleiche sei. Wenn man schon 27 Jahre im Hause telephonierte, achtet man doch auf das Besetzzeichen. Das ist hier nicht der Fall gewesen.

Es wird sodann in eingehender Besprachung einwandfrei festgestellt, daß der Zeuge viermal angerufen hat, und zwar zunächst zweimal auf dem Apparat 321 und dann zweimal auf dem Apparat 32. Auf alle vier Anrufe erfolgte keine Antwort. Aber unmittelbar nach dem vierten Anruf rief der Abgeordnete Torgler auf dem Nebenapparat an.

Dimitroff möchte wie üblich noch gern wissen, welcher Partei der Zeuge angehört hat.

Zeuge: Herr Präsident, Herr Dimitroff ist aber sehr neugierig. Der Zeuge erklärt dann schließlich nach einigen Zweifeln an der Notwendigkeit dieser Frage, er hätte noch nie einer Partei angehört, wenn Dimitroff es ganz genau wissen wolle...

Hierauf wird als Zeuge der Betriebsingenieur Heinrich Risse vernommen, dem die technischen Anlagen des Reichstages, Belüftung, Beheizung, Beleuchtung, Stromversorgung usw. unterstehen.

Vorsitzender: In diesem Prozeß ist natürlich die Frage aufgetaucht, ob es möglich war, daß van der Lubbe die Tat allein ausgeführt hat. Wie ist die Art der Belüftung des Reichstages?

Der Zeuge schildert eingehend die Anlage der dazu erforderlichen Einrichtungen. Er bekundet, daß er nach dem Brand genau die noch vorhandenen Teile der Einrichtung geprüft und daraus den Schluss gezogen habe, daß während des Brandes die Lüftungsklappen geschlossen waren. Die Lüftungsführung sei selbstverständlich damals im Februar geschlossen gewesen.

Der Zeuge hält es im Zusammenhang mit Vorhalten, die ihm Rechtsanwalt Dr. Sadl aus dem Braubuch macht, für so gut wie ausgeschlossen, daß im Keller Kisten mit Brandmaterial heimlich untergebracht worden wären. Bei dem knapp bemessenen Personal des Kesselhauses könne auch

ein Helfer nicht länger innerhalb seines Dienstes ausbleiben, als er unbedingt zur Erledigung seiner Arbeiten benötigte. Darauf packten schon die anderen auf.

Die Verhandlung wird dann auf Mittwoch vormittag vertagt.

Dimitroff will das Braubuch haben.

Es meldet sich dann wieder der Angeklagte Dimitroff zu Wort und meint, er hätte selbst das größte Interesse daran, daß alle Unwahrheiten widerlegt werden. Ich habe den Herrn Präsidenten bereits vor einer Woche ersucht, mir das Braubuch zustellen zu lassen. Ich betone, daß es unverständlich, unglaublich und meiner Meinung nach ungerecht ist, wenn meine Ankläger dieses Buch in Händen haben und ich als Angeklagter nicht das Buch und das Material kenne.

Vorsitzender: Ich weise den Ausdruck „unglaublich“ als eine Ungehörigkeit zurück.

Dimitroff: Ich verlange, Herr Präsident, daß dieses Buch mir zugestellt wird.

Vorsitzender: Das habe ich verstanden.

Dimitroff: Ich verlange das als Angeklagter für meine Verteidigung.

Vorsitzender zu dem Angeklagten Dimitroff: Wenn Sie sich nicht gehörig benehmen, wird Ihnen wieder das Zuteil werden, was Ihnen schon einmal zuteil geworden ist.

Dimitroff ruft nochmals erregt: Um das Buch ersuche ich!

Oberrechtsanwalt Werner: Das Braubuch ist ein Pamphlet. Ich sehe nicht ein, weshalb eine weitere Verbreitung dieses Buches zugelassen werden soll als unbedingt erforderlich ist. Ich bitte den Antrag abzulehnen. Ich selbst habe alles Interesse daran, diese Dinge aufzuklären.

Rechtsanwalt Dr. Teichert: Der Angeklagte Dimitroff hat von mir aus dem Braubuch diejenigen Stellen mitgeteilt bekommen, die ihn interessieren können. Den Wortlaut des Braubuches dem Angeklagten zugänglich zu machen, habe ich bisher nicht für erforderlich erachtet.

Zur Vernehmung vorgeführt.

Der holländische Journalist Freiherr Dr. de Marees von Swindern wurde am Dienstag vormittag im Reichstag, wo er als Zuhörer am Reichstagsbrand-Prozeß teilnahm, von einem Beamten zu einer Vernehmung ins Polizeipräsidium gebeten, da eine Reihe von Anzeigen gegen Swindern eingelaufen waren, in denen er der Grauen Propaganda beschuldigt wurde. Nach der Vernehmung wurde der Journalist wieder freigelassen. Von einer Verhaftung Swinderns kann, entgegen der Meldung der Polnischen Telegraphen-Agentur, keine Rede sein.

Dr. Göbbels zur Außenpolitik.

Der Reichspropagandaminister Dr. Göbbels hat dem Korrespondenten der „Daily Mail“ in Berlin, Ward Price, einige Fragen im Zusammenhang mit dem Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund und der Abrüstungskonferenz beantwortet.

Auf die Frage, ob Göbbels eine Antwort darauf geben könne, ob Deutschland jetzt bereits mit der Aufrüstung beginne, sagte der Propagandaminister:

Nein! Deutschland hält sich an seine vertraglichen Verpflichtungen. Es erhebt aber die Forderung, daß die anderen Unterzeichner des Vertrages ihre Versprechungen in derselben Weise erfüllen.

Auf die Frage, wie die Aussagen, die Hitler in seiner Rundfunkrede, im Hinblick auf die deutsch-französische Beziehungen getan habe, mit dem in dem Buche „Mein Kampf“ und sonstwo ausgedrückten Gefühl gegen Frankreich in Einklang gebracht werden könnten, habe Göbbels geantwortet, daß

das Freundschaftsangebot, das Hitler an Frankreich machte, ein Beweis für die Evolutionstheorie der Nationalsozialistischen Partei sei. Schon seit längerer Zeit sei eine Veränderung in der Haltung Deutschlands gegenüber Frankreich vor sich gegangen. Wenn Deutschland die Saar zurückhalte, werde es keine gebietsmäßigen Klagegründe gegen Frankreich haben.

Auf die Frage, ob dies auch auf Polen zutrete, habe der Propagandaminister erwidert:

Deutschland könne den Korridor sicherlich nicht als lästige Einrichtung betrachten, aber es sei der Ansicht, daß es keine Frage in Mitteleuropa gäbe, die einen neuen Krieg rechtfertigen und notwendig machen würde. Deutschland wünsche den Korridor zurückzuhalten, aber es sei überzeugt, daß dies Sache von Verhandlungen sei. Das möge zurzeit unmöglich erscheinen, aber manche scheinbare Unmöglichkeiten seien im Europa der letzten Jahre verwirklicht worden. Der Aufstieg der NSDAP zur Macht sei eine solche.

Schutz der Ausländer.

Ein Erlass des preußischen Innenministers.

Der amtliche Preußische Pressebeamte teilt mit:

Nach wie vor machen sich Versicherungen marxistischer oder kommunistischer Provokateure bemerkbar, durch Übergriffe gegen einzelne Ausländer Verwicklungen zu schaffen und das Ansehen des neuen Reiches der nationalsozialistischen Bewegung im Auslande zu untergraben oder mindestens der Reichsregierung außenpolitische Schwierigkeiten zu machen. Der preußische Minister des Innern hat in einem Funkspruch an die entsprechenden Dienststellen angeordnet, daß solchen Vorwürfen mit aller Schärfe nachgegangen wird, und die Erwartung ausgesprochen, daß alles getan wird, um solchen unliebsamen Vorgängen vorzubeugen.

Der Innenminister hat insbesondere allen Behörden nochmals zur Pflicht gemacht, auch bei den nachgeordneten Dienststellen besonders darauf hinzuwirken, daß ausländische Staatsbürger in jeder Weise der örtlichen Sicherheit gewahrt wird. Falls ein polizeiliches Eingreifen notwendig werde, sei mit besonderer Zurückhaltung, Vorsicht und Höflichkeit zu verfahren. Überdies hat der Minister die zuständigen Behörden veranlaßt, sich mit der lokalen Leitung der Partei sowie der SA, SS und des Stahlhelm in

Verbindung zu setzen, um Vorwürfen der geschilderten Art mit allen Mitteln entgegenzutreten in der gemeinsamen Überzeugung, daß es eine selbstverständliche Pflicht eines echten Nationalsozialisten ist, das Gute zu schützen und Hochzuhalten.

Neue Abgeordnete.

Nachdem das vom Obersten Gericht in Warschau bestätigte Urteil gegen die Führer des Zentralinklubs rechtskräftig geworden ist, verlieren sechs Sejmabgeordnete dieses Blocks ihre Mandate. An deren Stelle ziehen in den Sejm ein: Anstelle des Abgeordneten Witold aus der Staatsliste der ehemalige Sejmamtmann M. Ratay, anstelle des Abgeordneten Siebermann der Eisenbahnbemalte Adam Kurylewicz, anstelle des Abgeordneten Kiernik - Marjan Cieplak. Von den Bezirkslisten erhalten Mandate: Anstelle des Abgeordneten Dubois des Buchhändlers Roman Janowski, anstelle des Abgeordneten Bartłomiej - Professor Ludwig Kulczycki, anstelle des Abgeordneten Ciołkowski der Landwirt Józef Sternhoff.

Bon der Anklage des illegalen Unterrichts freigesprochen

wurde in der Verhandlung vor dem Bezirksgericht in Bromberg am 16. Oktober d. J. Gerhard Kukul aus Schanendorf (Sztowice), Kreis Bromberg. Sie hatte seiner Zeit ein Strafmandat über 600 Złote erhalten, weil sie angeblich als Privatlehrerin ohne Unterrichtserlaubnis den deutschen Kindern in Schanendorf (Sztowice) und Wilsche (Wilecze) Privatunterricht erteile. Gegen dieses Urteil des Starostwo wurde gerichtliche Entscheidung beantragt und der Erfolg war ein Freispruch.

Die Verhandlung hat ergeben, daß Gerhard Kukul den ersten Kindern bei der Erlernung ihrer Religionsaufgaben sowohl der mündlichen wie der schriftlichen behilflich war. Selbstverständlich hat sie besonders bei der Schreibweise der deutschen Buchstaben helfen müssen, da die Kinder ja bekanntlich in den polnischen Schulen die gotische Schrift nicht lernen.

Neue Überschwemmungskatastrophe in China.

20 Millionen Menschen betroffen.

Moskau, 18. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Die Telegraphen-Agentur der Sowjetunion verbreitet eine Meldung aus China, derzufolge es im Gebiet des Gelben Flusses wieder zu einer Niederschlagsflut gekommen ist, die sogar noch die große Überschwemmung vom Jahre 1931 übertreffen soll. Die Bevölkerung der nördlichen Gebiete ist furchtbar heimgesucht. Die Katastrophe ist durch einen Dauerregen verursacht, der weite Gebiete und große Teile mehrerer Provinzen in einen unüberschrebbaren See verwandelt hat. Die Bewohner dieser Gebiete haben all ihr Hab und Gut verloren. Unter ihnen herrscht eine furchtbare Hungersnot, von der mindestens 20 Millionen Menschen betroffen sind. Den Betroffenen ist bisher keinerlei Hilfe zuteil geworden.

In welchen Städten wird gewählt?

Wie wir bereits meldeten, finden am 26. November auf dem Gebiet der Wojewodschaften Posen und Pommerellen die Wahlen zu den Stadtverordneten-Versammlungen in dem aus dem Kreisverbande ausgeschiedenen Städten und in den anderen Städten, die mehr als 10 000 Einwohner haben, statt. Auf dem Gebiet der Wojewodschaft Posen gibt es zehn Städte dieser Kategorien und zwar: Posen, Bromberg, Inowrockaw, Gnesen, Ostrowo, Lissa, Kratoschin, Rawitsch, Nakel und Kosten. Die bisherigen irrgänzen Meldungen erschienen in der Presse infolge des Mangels einer amtlichen Information. Es wird betont, daß Samter, Jarotschin und Kempen als Städte von weniger als 10 000 Einwohnern am 26. November nicht wählen werden.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unseren Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit angeföhrt.

Bromberg, 18. Oktober.

Wenig verändert.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet teils heiteres, teils nebliges Wetter bei wenig veränderten Temperaturen an.

Unser Glückwunsch für Fräulein Schnee.

Fräulein Martha Schnee wird heute 70 Jahre alt. Sie ist am 18. Oktober 1863 in Bromberg geboren. Ihr Leben bewegte sich in den Mauern dieser Stadt, aber seine Wirkungen gingen weit ins Land hinaus. Im letzten April konnte Fräulein Schnee ihr 50-jähriges Lehrerinnen-Jubiläum feiern; das Examen bestand sie am Lehrerinnen-Seminar in Bromberg. Nachdem sie kurze Zeit als Erzieherin tätig gewesen war, gründete sie hier eine Familienstube, die bald auf mehrere Klassen ausgebaut wurde und bis zur Revolution bestand. Schon als Lehrerin war Fräulein Schnee führend in der Frauenbewegung tätig. Sie gründete den Verein „Frauenwohl“ und später den „Deutschen Frauenbund“. Während des Krieges war sie in den verschiedensten Zweigen der Wohlfahrtspflege unermüdlich am Werk, besonders den Flüchtlingen gehörte ihr Herz. Dann aber — nach der großen Veränderung am Ausgang des Krieges —, als ihr die Schule genommen wurde, wuchs sie ganz hinein in die schwierige, oft unlösbare Arbeit der Wohlfahrtspflege, wurde sie zu der einzigartigen Persönlichkeit, als die wir sie heute verehren und lieben. Daneben ist sie auch politisch mutig und nie ermüdet in schwieriger Kleinarbeit, ein Vorbild für ihre Volksgenossen geworden. Die großen Wahlerfolge bei Stadtverordneten- und Sejmwahlen, die hinter uns liegen, verpflichten uns ihr in erster Linie zu Dank.

Wenn einmal die neueste Geschichte des Deutschums in Polen geschrieben wird, dann muß eine gerechte Beurteilung den Namen dieser deutschen Frau in ganz besonderen Farben hinausstellen. Dann wird es heißen: sie hat den schwierigsten Teil der Arbeit gewählt und war am treuesten befunden. Sie diente den Armen in bewundernswertester Selbstlosigkeit. Sie tat ihre Pflicht in Bescheidenheit und Stille; aber wenn es das Bekenntnis zum Volkstum und den Dienst an den Volksgenossen galt, dann trat sie mutig in die vorderste Front.

Es hat auch in diesem Leben, das für ungezählte Deutsche ein Segen war, nicht an Enttäuschungen gefehlt. Es liebt die Welt, das Strahlende zu schwärzen, und — wo es um Notstandshilfe geht, da hat jeder Helfer den Reid und die Undankbarkeit als ungebettene Gäste zu empfangen. Aber diese Widerwärtigkeiten des Lebens können den nicht mehr ansehen, der seine Persönlichkeit durch Pflicht und Liebe geadelt hat. Nicht diese Frau, die längst nicht mehr in der Sorge für sich selbst, sondern nur noch in der Sorge für die anderen lebt. Wem kann man wohl noch solches Bekenntnis in voller Aufrichtigkeit in den Geburtstagswunsch schreiben, wie wir dies heute dieser deutschen Frau gegenüber tun!

Was wir zu wünschen haben? Nicht das, was man sonst zu wünschen pflegt: einen ruhigen Lebensabend, eine Idylle nach einem Leben von Kampf und Tätigkeit. Wenn wir die hochverehrte Jubilarin recht zu kennen meinen, dann wünschen wir ihr nur neue Kraft zur weiteren Arbeit und einen guten Aufgang der Saat, die sie unter uns bestellt hat. Man sieht ihr Keimen nicht, und man kann die ihr folgende Ernte niemals an der Börse handeln. Aber der ewige Gott, der in das Verborgene sieht, der misst das Gute, das die Lehrer und Lehrerinnen pflanzen, der wird auch diese ebenso schlichte wie große deutsche Frau zu den Gerechten zählen, um deren willen er unser Volk nicht verderben läßt.

Eine traurige Entlassung ist von dem hiesigen Elektrizitätswerk ausgesprochen worden. Einer der wenigen deutschen Angestellten dieses Werkes, der als Aufwärterin tätigen Frau Maron, ist ohne Angabe von Gründen ihre Stellung gekündigt worden. Die Entlassung soll, wie man erzählt, wegen Diebstahls erfolgt sein — amlich wird jedoch nichts davon erwähnt, da der Frau tatsächlich kein Diebstahl nachgewiesen worden ist. Es handelt sich hier offenbar um eine böswillige Verächtigung, deren Opfer sich in außerordentlich bedauerlicher Lage befindet. Die Frau, die in den Baracken wohnt, hat nicht weniger als sechs unmündige Kinder und einen arbeitsunfähigen Mann zu ernähren. Vor soviel menschlichen Elends sollte auch eine hohe Direktion des Elektrizitätswerkes Einsicht haben — selbst wenn es sich, wie in dem vorliegenden Falle, um eine Deutsche handelt.

Eine geborgene Leiche. Am vergangenen Sonnabend wurde in der Nähe von Karlisdorf die Leiche eines Mannes aus der Brahe geborgen, bei der es sich, wie man feststellte, um die des 48jährigen Technikers Johann Albertini handelt. Wie wir seinerzeit berichteten, war am 30. September in der Nähe der staatlichen Mühlen der Genannte in die Brahe gestürzt, und es gelang damals nicht, den Befreifenden zu retten. Die Leiche wurde in die Halle des Friedhofes an der Schubiner Chaussee gebracht, wo man eine Obduktion vornahm, um festzustellen, ob Albertini einem Verbrechen oder einem Unfall zum Opfer gefallen ist. Wie man feststellte, ist er in Folge Unvorsichtig-

keit in das Wasser gestürzt und mußte, da er des Schwimmens unkundig war, und seine Kameraden ihm keine Hilfe bringen konnten, den Tod in den Wellen finden.

§ Selbstmordversuch einer Greisin. Aus dem Altersheim war am Dienstag eine 80jährige Frau plötzlich verschwunden, die, wie später festgestellt wurde, in der Nähe der Prinzenstraße sich in die Brahe warf. Augenzeugen des Vorfalls machten sich sofort daran, die Greisin zu retten, die das Bewußtsein bereits verloren hatte. Man schaffte sie in das Städtische Krankenhaus, wo sie wieder ins Leben zurückgerufen werden konnte.

§ Von einem Fuhrwerk überfahren wurde in Jagdschütz das 3jährige Söhnchen Heinrich der Witwe Martha Klinger. Das Kind blieb auf der Straße liegen und wurde von Passanten aufgefunden. Die Rettungswache sorgte für die Überführung in das Krankenhaus. Der Fuhrmann hat sich um das Kind nicht gekümmert, und konnte leider unerkannt entkommen.

§ Der heutige Wochenmarkt brachte mittelmäßigen Verkehr. Zwischen 10 und 1/2 Uhr forderte man für Butter 1,40—1,60, Eier 1,50—1,60, Weißkäse 0,20. Die Gemüse- und Obstpreise waren wie folgt: Weißkohl 0,07, Rotkohl 0,10, Rosenkohl 0,10, Zwiebeln 0,10, Brüken 0,10, Tomaten 0,10, Apfel 0,25—0,40, Birnen 0,20—0,30. Für Geflügel zahlte man: Enten 2,50—3,00, Gänse 5—6,00, Hühner 2—3,50, Tauben 0,50—0,60, Rebhühner 1,20. Der Fleischmarkt lieferte Speck zu 0,90—1,00, Schweinefleisch 0,70—1,00, Rindfleisch 0,70—0,80, Kalbfleisch 0,70—0,80. Für Fische zahlte man: Aale 1—1,50, Hechte 1—1,20, Schleie 1—1,20.

Gustav Frenssen:

(geboren vor 70 Jahren am 19. Oktober 1863)

Immer auf die Wahrheit und Wirklichkeit los, und wenn sie ein Gesicht hätte wie des Teufels Großmutter.

Reine Schönheit gibt es auf Erden nicht. Sie ist immer in allem Menschlichen gekleidet, ruht und hat ihre Wohnung nicht allein im Sehen der Menschen, sondern auch in ihrem Meinen und Wollen.

Daran gehen so viele Ehren in die Brüche, daß einer den anderen drängen und zwingen will, zu denken und zu tun wie er selbst. Ich meine im Gegenteil, man muß den andern in seinem Eigenen, wenn es nicht gar zu unklug ist, verstehen, damit man doch einen ganzen Menschen neben sich habe.

Demut und Ehrfurcht vor dem Ewigen ist das Beste am Menschen. Das macht die Seele frei, still und hochgemut.

Gnesener Stadtpräsident wieder nicht bestätigt.

■ Gnesen (Gniezno), 17. Oktober. Durch Dekret des Ministers des Innern wurde Rechtsanwalt Dr. Edmund Lanterra aus Gnesen zum kommissarischen Präsidenten unserer Stadt ernannt, da die am 12. d. M. durch die Stadtverordnetenversammlung erfolgte Wahl des Rechtsanwalts Kazimierz Perz von hier als Stadtpräsident nicht bestätigt wurde. Dr. Lanterra war früher Präsident des Landgerichts in Gnesen.

■ Crone (Koronowo), 17. Oktober. In der letzten Nacht wurde bei dem Besitzer Karl Mielke in Sanddorf (Samočajek) nach Ausbrechen eines eisernen Schweinstallfensters eingebrochen. Die Diebe schlachteten ein 1½ Zentner schweres Schwein und einige Hühner; sie konnten mit ihrer Beute unerkannt entkommen.

Kürzlich wurde der 25jährige Sohn des Besitzers Stöckmann in Freidorf von einem Personenauto auf der Chaussee überfahren. Er wurde sofort ins Krankenhaus nach Bromberg überführt.

■ Exin (Ecknia), 17. Oktober. Durch Unvorsichtigkeit schwer verunglückt ist der Knecht des Landwirts Gryczka aus Panigrodz. Er hatte die Sense repariert und stellte dieselbe in die Scheune, so daß die offene Schneide auf der Erde lag. Als er nach kurzer Zeit in die Scheune zurückkam, trat er mit dem Fuß auf die Sense, so daß das Bein vollständig aufgeschnitten wurde. Er wurde ins Wongrowitzer Krankenhaus gebracht.

Ein Grünfest mit Schlägerei fand dieser Tage in Zurawie statt. Zu dem Grünfest sandten sich Exiner Arbeitslose ein, die an dem Festzelt teilhaben wollten. Es entstand eine Schlägerei, die bestimmt ein schlimmes Ende genommen hätte, wenn nicht zufällig die Räuber Gendarmerie durchgekommen wäre. Nur mit großer Mühe und mit Gummiknüppeln gelang es, die Radaubrüder zu beruhigen.

Der heutige Wochenmarkt brachte, obwohl genügend Verkäufer anwesend waren, sehr wenig Absatz. Für Butter wurde 1,50—1,60 für das Pfund gezahlt. Eier kosteten die Mandel 1,40 Zloty. — Auf dem Schweinemarkt herrschte ebenfalls keine Kauflust. Die Verkäufer mußten zum größten Teil ihre Ferkel wieder nach Hause nehmen, da sie zu dem Preise von 12—18 Zloty, der ihnen geboten wurde, die Tiere nicht verkaufen konnten.

■ Gnesen (Gniezno), 17. Oktober. Aus der Autogarage von Theodor Boniarz, fr. Hornstraße 13, erbeuteten Einbrecher zwei Autoschlüsse und sonstige Autozubehörteile im Gesamtwert von 300 Zloty.

Am Mittwoch, dem 25. Oktober, findet die Standgerichtsverhandlung gegen die beiden Mörder des Landwirts Bracinski in Hohenau (Mieleszyn), Kreis Gnesen, statt.

Die Neuwahl der kirchlichen Körperschaften ist auf den 29. Oktober festgesetzt. Es werden vier Mitglieder in den Gemeindefürschenrat, neun Mitglieder in die Gemeindevertretung gewählt. Um jede Zersplitterung zu vermeiden, ist eine einheitliche Vorschlagsliste für den Gemeindefürschenrat eingereicht. An der Wahl können nur Wähler teilnehmen, die ihre kirchlichen Abgaben restlos bezahlt haben.

■ Gembiz (Gebice), 16. Oktober. In der Nähe des Dorfes Marynowko versuchte eine unbekannte Mannesperson ein in den Nachmittagstunden aus Gembiz zurückkehrendes 11jähriges Mädchen zu vergewaltigen. Auf das Hilfesegnen der Überfallenen kam der in der Nähe be-

schäftigt gewesene Bruder derselben herbeigelaufen, worauf der Täter die Flucht ergriß. Der Polizei ist es bisher nicht gelungen, des Rohlings habhaft zu werden.

z. Inowrockaw, 18. Oktober. In einer sensationellen Gerichtsverhandlung mußte hier eine ganze Familie aus dem Arrest vorgeführt werden, und zwar als Hauptangeklagter der wegen Diebstahls schon zweimal vorbestrafte 24jährige Viktor Moch, ferner sein Vater Jakob, seine Mutter Franciszka und seine beiden Schwestern Anna und Ludwika Moch. Der Hauptangeklagte Viktor Moch wurde wegen verschiedener Vergehen von der Polizei seit längerer Zeit gesucht. Als diese erfuhr, daß M. am Sonntag, dem 23. Juli d. J., in der Wohnung seiner Eltern seine Verlobung feiern würde, begaben sich an dem kritischen Tage 5 Polizeibeamte zu der Wohnung des Moch in die ul. Cegielni 6, wo ihnen gesagt wurde, daß Viktor Moch nicht anwesend sei. Dieser hatte sich jedoch in der Wohnung einer in demselben Hause wohnenden Ossowska versteckt, was der Polizei nicht verborgen blieb. So forderten die Polizisten die Ossowska auf, die verschlossene Tür zu öffnen. Erst nach mehrmaliger energischer Aufforderung leistete sie dem Befehl Folge. In dem Augenblick, als sie die Tür öffnete, stürzte sich Moch sofort nach dem Ruf des Kriminalwachtmeisters Gramje, der einen schußbereiten Revolver hielt, wobei sich ein Schuß löste und den Wachtmeister im Gesicht streifte. Darauf lief Moch in die Wohnung seiner Eltern, wo die 4 Mitangeklagten durch Zubalten der Tür den Polizeibeamten den Eintritt verwehrten. Erst später gelang es, Moch zu überwältigen und abzuführen. — Nach Beweisaufnahme wurden Viktor Moch sowie seine Mutter und seine Schwestern des Widerstandes gegen die Staatsgewalt für schuldig gesprochen und Viktor Moch zu 1 Jahr Gefängnis, seine Mutter und seine Schwestern Anna zu je 3 Monaten Arrest und 10 Zloty Geldstrafe verurteilt, wobei den beiden letzteren ein Straffußschub von 2 Jahren gewährt wurde. Der Vater und die jüngste Schwestern wurden freigesprochen.

Auf Wunsch des Deutschen Generalkonsuls in Posen geben wir folgendes bekannt:

Die Preußische Regierung hat dieser Tage Verfügung getroffen, daß polnische Staatsangehörige, die sich nicht im Besitz der zur Einreise in das Reichsgebiet erforderlichen Paßpapiere und Sichtwerke befinden, gleichgültig, ob es sich um Polnisch- oder Deutschstämmige handelt, ausnahmslos am Grenzübergang gehindert werden und, falls die Befreienden in das Inland gelangt sind, nach erfolgter Bestrafung für illegalen Grenzübergang und unbefugten Aufenthalt notfalls zwangsweise wieder über die Grenze zurückzuführen sind.

Es wird daher erneut auf die Gefahren und die Bestrafung hingewiesen, denen sich ein einzelner bei einem illegalen Grenzübergang in Deutschland und in Polen aussetzen würde.

■ Posen, 17. Oktober. Der Raubüberfall auf die Spedition Br. Kadlersche Wohnung, Wronkerstraße 3, bildete den Gegenstand der Verhandlung vor der hiesigen Strafkammer. Das Kadlersche Dienstmädchen Helena Rajkowska, das gefesselt aufgefunden wurde, hatte mit ihrem Bräutigam Josef Tomkowiak und einem Franciszek Doktor den Raubüberfall, bei dem die Beute 4000 Zloty Bargeld betrug, fingiert. In der Verhandlung wälzte Tomkowiak die Schuld auf Doktor ab, der geständig war. Der Gerichtshof verurteilte die Rajkowska zu 2½ Jahren, Tomkowiak zu 2 Jahren und Doktor zu 1½ Jahren Gefängnis.

In der Wohnung des Stefan Golda, Kanalstraße 15, kam es zwischen diesem und seinem bei ihm zu Besuch weilenden Freunde Wladyslaw Pawlak, nachdem beide dem Alkohol reichlich zugesprochen hatten, zu einem Streit, bei dem Golda dem Pawlak einen Messerstich beibringen wollte. Pawlaks Frau warf sich zwischen die beiden Streitenden und erhielt einen tiefen Stich in die linke Seite.

Aus der Wohnung des Arbeiters Martin Pankowski, Alter Markt 8, stahlen Einbrecher 5000 Zloty Bargeld und vier Sparkassenbücher über 11 800 Zloty. — Aus der Wohnung der Buchhalterin Ida Arlt, fr. Süßstraße 5, stahlen Einbrecher Damenkleider und Wäschestücke im Wert von 1800 Zloty. — Aus dem Schuppen eines Josef Karpik am Marcinkinoer Wege wurde Handwerkzeug im Wert von 800 Zloty gestohlen.

■ Schokken, 16. Oktober. Vor kurzem fand hier eine außerordentliche Stadtverordnetenversammlung statt, in der über die weitere Verwaltung der Stadt verhandelt wurde. Zu dieser Sitzung war speziell eine Delegation des Wongrowitzer Starostwo erschienen. Nach einer Einleitung durch Bürgermeister Smekala ergriff Referendar Danikowski das Wort und gab eingehende Aufklärungen über die Umwandlung gewisser Städte in Landgemeinden. Schließlich legte Bürgermeister Smekala folgenden Beschluß zur Annahme vor: Die Stadtverordneten entscheiden sich für Erhaltung der städtischen Verwaltung. Als Begründung führte der Redner an: die Stadt Schokken wurde im Jahre 1867 von Kazimierz dem Großen gegründet und war zu Zeiten der früheren Republik ein beachtenswerter Handelsplatz. Augenblicklich zählt sie 1820 Einwohner, woraus sich ergibt, daß sie sich in den letzten 10 Jahren um 20 Prozent vermehrt hat. In den letzten 9 Jahren trug sie 45 000 Zloty Kriegsschulden ab. Außerdem sind angelegt für die Bürgersteige 17 000, zum Bau der neuen Betonbrücke 10 000 Zloty, zu Pflasterungen 27 000, zum Ankauf des Sportplatzes und Anbau der Volksschule 12 000 Zloty. Das Administrationsbudget der Ein- und Ausgabe für 1933/34 beträgt 43 120 Zloty. Das voraussichtliche Budget einer Dorfgemeinde würde jährlich 18 878 Zloty und die Einnahme 6900 Zloty betragen. Das ergibt ein Defizit von 11 000 Zloty. Der Beschluß betrifft die Verhinderung der städtischen Verwaltung wurde von den 6 anwesenden Stadtverordneten einstimmig angenommen.

Chef-Redakteur: Gotthold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: i. B. Marian Heuke; für Stadt und Land und den unpolitischen Teil: Edmund Przygodzki; für Angelgen und Reklame: Edmund Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann & Co. v. sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich „Der Hausfreund“ Nr. 240.

Ihre am 14. Oktober 1933 stattgefundenen
Vernähung geben bekannt 3618

Kurt Heinz und Frau Ingeborg geb. Barnick

Gleichzeitig danken wir Allen herzlich für
die uns erwiesenen Ausmerksamkeiten.
Bydgoszcz, den 18. Oktober 1933.

Hebamme

erteilt Rat mit gutem
Erfolg. Diskretion zu-
gesichert. 3428

Daniel, Dworcowa 66.

Junges Mädchen

beaufsichtigt Schul-
arbeiten u. ert. Nach-
hilfestunden. Off. unt.

B. 3558 a. d. Geschäft. d. 3.

Ehrliches Stubenmädchen

zu all. Haus- u. Küchen-
arbeiten bereit, geübt.
Ang. m. Zeugn. Abfchr.
an Frau Doering.

Gawronie, 7350
v. Rozanna-Pom.

Stellengesuch

Suche von bald oder
1. Jan. landwirtsch.

Beamtenstellung

unter Leitung oder als
2. Beamter b. mäßigen
Ansprüch. Bin evang.

26 J. alt, der polnisch.
Sprache mächtig, gute
Zeugn. u. Empfehlung.

Gefl. Angeb. u. D. 7186
a. d. Geschäftsst. d. Zeitg. erb.

Suche gestützt auf gute
Zeugnisse und Empfehlun-
gen ab. 1. Januar
oder früher Stell. als

alleinig. Beamte

26 Jahre alt, 6 Jahre
Praxis, evangel., bei-
der Landesprachen in
Wort u. Schrift mächtig,
Gefl. Angeb. unter D. 7121 an die

Geschäftsstelle d. Zeitg. erb.

Es wurden von mir herausgegeben:

Neue Bücher und Noten.

Monatlicher Anzeiger für Neuerscheinungen.
Oktober 1933.

Schöne Literatur — Nation im Werden.
Politische Bücher zum neuen Deutschland —
Zeitgeschichte — Neue wohlfeile
Ausgaben — Verschiedenes — Neue Noten.
Zusammengestellt und mit kurzen kri-
tischen Angaben versehen von 7365

Dr. Horst Kriedte.

Preise in Zloty.
Das Bücherverzeichnis wird auf Wunsch
kostenlos versandt.

Arnold Kriedte

Grudziądz, Mickiewicza 10.

Heute vormittag 10 Uhr erlöste ein sanfter Tod meine
geliebte Frau, unsere gute Mutter, Schwieger-, Groß-
mutter und Tante

Antonie Grimm

geb. Rorthals

im Alter von 73 Jahren nach langem qualvollen Leiden.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen

Johann Grimm.

Skope, den 17. Oktober 1933.

Die Beerdigung findet am Freitag, dem 20. d. Mts.,
nachmittags 3 Uhr vom Trauerhause aus statt. 7364

Für die uns in so zahlreichem Maße ent-
gegengebrachte Teilnahme und für die vielen
Kranz- und Blumenspenden beim Heimgange
unseres lieben Entschlafenen sagen wir allen
unseren

innigsten Dank.

Im Namen aller Hinterbliebenen

Martha Appelt geb. Rose.

Bydgoszcz, den 18. Oktober 1933.

Für die erwiesenen Ausmerksamkeiten
anlässlich ihrer Silber-Hochzeit
danken herzlichst

Otto Rison und Frau.

Radzics. 3614

Fröbel'scher Kindergarten

Mazowiecka 22

Aufnahme vorschulpflichtiger Kinder
täglich von 11—1 Uhr. 7003 Der Vorstand.

Polnischer

Sprachunterricht
für Anfänger u. Fort-
geschrit., auch Einzel-
unterricht. Anmeldung. erb.

Goethestr. 2 (ul. 20 stycznia 20 r.). 7362

Erfolgr. Unterricht

i. Englisch u. Französisch
erteilen L. u. A. Turbach,

Cieszkowskiego 24, 1 fls.

(früh. 11). Französisch-

englische Ueberleitung.

Langjähr. Aufenth. in

England u. Frankreich.

Rechts-

angelegenheiten

Einige Baggons bunte Radeln

in modernen Dessins
und weiße Radeln
haben wir herbege-
kommen, die wir mit
Rücksicht auf die vor-
gezeichnete Jahreszeit
sehr billig abgeben.

Gebr. Schlieper

Gdańska 140 7376

Tel. 306 Tel. 361.

Offene Stellen

Rupferschmied
erfahren, praktisch mit-
arbeit., evtl. als Komp.
gesucht.

Streich, Poznań,

ul. Woźna 18, Wg. 15.

Wir suchen

Lehrerinnen

m. entsprechender Vor-
bildung zur Abhaltung
von Wanderhaltungs-
Kursen. Bewerbungen
unter Einwendung der
Zeugnisse unt. B. 7367
an d. Geschäftsst. d. Zeitg. erb.

Lehrerinnen

Zeugnisse und Gehalts-
ansprüche unt. C. 7370
an d. Geschäftsst. d. Zeitg. erb.

Alleinmädchen

erfaht., freundl. häusl.,
für ländl. Molt.-Haus-
halt gesucht. Zeugn. u.
Gehalts. unt. II. 7332
an d. Geschäft. d. Zeitg. erb.

Handwerker

engl., 29 J. alt, 1500 zł
Bermög., wünscht eine
Dame im Alter bis 35 J.
mit etwas Bermög. zw.

Heirat

Witwe ange-
nehm ob. Einbeirat in
kleine Landwirtschaft
Angeb. unt. D. 7319 an
d. Geschäftsst. d. Zeitg. erb.

Regionär

wünscht mit
deutschem Mädel in
Briefwechsel

Heirat

zu treten. Evtl. spätere
Heirat nicht ausgeschl.
Adr.: Willi Nolte, 2860
1/2 Reg. Erg. 3. Comp.
Par Mideh Militaire
Promenada 1, Tel. 93. 7359

Transmissions-

Geben

erstklassig, herstellt jed.
Größe ob. vom fertigen

Lager sofort 7017

Herkules,

Promenada 1, Tel. 93. 7359

Landwirtssohn, 24 J. alt, aus guter, deutlicher Familie, sucht v. sofort

Stellung als

Hof-Bermalter

(Hofvogt). Gefl. Offert.
unt. B. 7231 an die Ge-
schäftsst. d. Zeitg. erb.

Junger Kaufmann

(kolonial- und Eisen-
branche), der deutschen
und polnischen Sprache

in Wort und Schrift
mächtig, sucht Stellung.

Offerten unter H. 7085
a. d. Geschäft. d. Zeitg. erb.

Stellengesuch

Suche von bald oder
1. Jan. landwirtsch.

Beamtentstellung

unter Leitung oder als
2. Beamter b. mäßigen
Ansprüch. Bin evang.

26 J. alt, der polnisch.
Sprache mächtig, gute
Zeugn. u. Empfehlung.

Gefl. Angeb. u. D. 7186
a. d. Geschäftsst. d. Zeitg. erb.

Stellengesuch

Suche per 1. 11. od. später.

als Brennergehilfe

oder

Bürohelfer

Bin 24 J. a., habe Hand-
kunst, bei 3 J. Brem. u.

1 J. Landwirtschaftspraxis.

d. deutsch. u. poln. Spr.

mächtig. Frdl. Offl. Unt. A.

3566 a. d. Geschäft. d. Zeitg. erb.

Brenner

mit Brennerlaubnis,

15 Jahre lebt, im Fach

vertraut m. elektr. An-

lage, Trockenerei und

Wasch., übernimmt für

Kamp. eventl.

Dauerstellung

Gefl. Offl. Unt. A. 7128 an

d. Geschäftsst. d. Zeitg. erb.

Es wurden von mir herausgegeben:

Neue Bücher

und Noten.

Monatlicher Anzeiger für Neuerscheinungen.

Oktober 1933.

Schöne Literatur — Nation im Werden.

Politische Bücher zum neuen Deutschland —

Zeitgeschichte — Neue wohlfeile

Ausgaben — Verschiedenes — Neue Noten.

Zusammengestellt und mit kurzen kri-

tischen Angaben versehen von 7365

Dr. Horst Kriedte.

Preise in Zloty.

Das Bücherverzeichnis wird auf Wunsch

kostenlos versandt.

Arnold Kriedte

Grudziądz, Mickiewicza 10.

Rechnungsführer

und Brenner

lebig, erfahrene, j. u. ch. Stellg. Offl. Unt. A. 7164

an die Gf. d. Zeitg. erb.

Lüftiger, energisch.

Forstbeamter

evang., 34 J. alt, verh.,

famili. mit 15 jähr.

prakt. Erfahrung, sehr

gute langjähr. Zeugn.

und Empfehlung, sucht

aus bejond. Gründ. bei

Unsprüch., von gleich ob.

später ander. Weit.

Stellung. Ber. 1 April 1934

Stellung. Ber. 1 April 1934

Bromberg, Donnerstag den 19. Oktober 1933.

Pommerellen.

18. Oktober.

Graudenz (Grudziądz).

In der Stadtverordneten-Sitzung

am Montag wurden zunächst vier neue Stadtverordnete, darunter von der Deutschen Fraktion Küster Thiel, an Stelle ausgeschiedener Mitglieder des Kollegiums verpflichtet. Stadtpräsident Włodek begrüßte sodann den Stadtverwaltungsantrag, dem bisherigen Stadtverordnetenwoche, Rechtsanwalt Szychowski, das Ehrenbürgerecht zu verleihen. Dieses Begehr fand übrigens keineswegs ungeteilte Aufnahme. Es wurde der Wunsch laut, die Sache durch die ja im nächsten Monat zu wählende neue Stadtverordneten-Versammlung erledigen zu lassen. Der Stadtpräsident setzte sich, das Wirken Herrn Szychowskis in lobendster Weise darstellend, energisch für die sofortige Beschlussfassung ein. Das geschah denn auch, freilich keinesfalls einhellig, da die Deutsche Fraktion sowie die Poln. Sozialpartei sich der Stimme enthielten. Stadtv. Szychowski, der nunmehr im Saale erschien, dankte für die ihm erwiesene Ehre. Die Erledigung der übrigen 6 Tagesordnungspunkte ging dann ziemlich schnell und ohne viel Reibungen vorstatten. Nach Kenntnisnahme von drei Reskripten des Wojewoden, betr. die Bestätigung eines Stadtverordneten-Beschlusses über die Aufnahme einer Anleihe von 200 000 Złoty aus dem Arbeitsfonds, sowie über die Bestätigung des Hundesteuer- und des Hotelsteuer-Statuts, erfolgte die Annahme eines Antrages der Stadtverwaltung, die von der Versicherungsanstalt für geistige Arbeiter erhaltenen Anleihe zum Bau eines Hauses in der Bahnhofstraße (Dworcowa) in eine langfristige zu verwandeln.

Der Antrag der Stadtverwaltung, das frühere katholische Altersheim in der Oberthornerstraße (Szoja Maja), das jetzt der Stadt gehört, der katholischen Gemeinde wiederum zu überlassen, und zwar gegen ein am Wiesenweg (Droga Łąkowa) belegenes Landstück in Größe von 36,33 Hektar, fand mehrfach Widerspruch. So auch u. a. von Seiten des Stadtv. Müller (Deutsche Fraktion), der das in Tausch zu nehmende Terrain als wenig wertvoll bezeichnete und beantragte, lieber der katholischen Gemeinde das Gebäude gegen einen mäßigen Zins zu verpachten. Die Versammlung entschloß sich aber mit Mehrheit für die Annahme des Stadtverwaltungs-Antrages. Ebensso wurde der Antrag der Stadtverwaltung akzeptiert, 2,45,97 Hektar Baugeland an der Culmer Chaussee, der „Kleiniedlungsgesellschaft“ gehörig, zum Preis von 1600 Złoty pro Hektar, oder 16 Groschen für den Quadratmeter, anzukaufen. Der folgende Punkt war gleichfalls ein Ersuchen um Genehmigung eines Landankaufs, und zwar handelte es sich hier um 25 Hektar eines der Firma Herzfeld & Victorius gehörigen, am städtischen Walde bei Rudnik gelegenen Terrains. Als Preis sollten städtischerseits 400 Złoty für den Hektar bewilligt werden, allerdings in Form von Verrechnung für rückständige Steuern sowie Verzögerungszinsen. Dieser Preis erschien manchem der Stadtväter für zu hoch. Angenommen wurde ein Antrag Szyborska, nur die Hälfte, somit 50 Złoty pro Morgen, als angemessene „Bezahlung“ festzusehen.

Der letzte und für die Bürgerschaft sehr fühlbare Punkt der Beratungen betraf die Normierung der städtischen Kommunalzuschläge zu den Staatssteuern für 1934/35. Sie erfolgte gemäß dem Antrage der Stadtverwaltung in folgender Höhe: Gemeindesteuerzuschlag zur Grundstücksteuer 25, zur Grundsteuer 90, zur Steuer von den Bauplänen 100, zu der Stempelgebühr für die Übertragung des Grundstückseigentums 50, zur Steuer vom Einkommen und von den Gehältern 4-5, zu den Patenten und Registrierkarten 30, zur Umsatzsteuer 25 sowie zu den Gebühren von den Patenten für Fabrikation und Verkauf von alkoholischen Getränken je 80 Prozent.

Damit war das Arbeitsquantum dieser Sitzung erschöpft. Stadtpräsident Włodek gab noch das Dekret des pommerellischen Wojewoden bekannt, demgemäß die Wahl der neuen Stadtverordneten-Versammlung, und zwar nach dem durch das Selbstverwaltungsgesetz geänderten System, am 26. November d. J. vorgenommen werden.

Der öffentlichen Tagung schloß sich eine geheime Sitzung an.

Bestellungen

auf die

Deutsche Rundschau

werden von allen Postanstalten und den Briefträgern angenommen.

Dieser Bestellzettel für November 1933

ist ausgefüllt dem Briefträger oder dem Postamt zu übergeben.

Jede Postanstalt und Landbriefträger sind verpflichtet, diese Bestellung ausgefüllt entgegenzunehmen.

Na Listopad — Für November

Pan
Herr

Tytuł gazety Benennung der Zeitung	Miejscowość Erstcheinungs-ort	Na czas (monie)	Abona- ment Be- zugs- zeit Monate	Należy- tość Be- zugs- geld 3L	Należy- tość Vor- gebühr 3L
1 Deutsche Rundschau	Bydgoszcz	1	4,50	0,39	

Pokwitowanie. — Quittung.

Złoty zapłacono dnia.
Złoty sind heute richtig bezahlt worden.dnia
den

Aushilfe

in Latein, Polnisch,
besonders bei Rückläu-
fern, erlaubt Fachmän-
nisch. Gymnasiallehrer
Grudziądz, Kujota neb.
Wojciech, 43, Wohnz. 2.

Photo-Arbeiten

J. Art wird fachgem. u.
tadellos ausgeführt 7286

Toruńska 6, Wohnz. 5.

Todes-Anzeigen

auf Bogen und Karten in den ver-
schiedensten Ausführungen liefert
sofort am Tage der Bestellung

Justus Wallis

Papierhandlung
Toruń, Szeroka 34.

3801

Graudenz.

Deutsche Bühne, Grudziądz

Sonntag, den 22. Oktober 1933.
um 16 Uhr im großen Saale
des Gemeindehauses
mit den Dekorationen vom Oktoberfest
und in voller Beleuchtung:

Tanz-Tee.

Eintritt frei. Garderobe 50 Groschen.

Thorn.

Trauringe!

Große Aus-
wahl. Billige Preise 7044
E. Lewiński, Ubrma-
cherstr., Moścowa 34.
Eig. Reparaturwerkst.

Damenhüte

Ausw.
neueste Modelle. 7110
M. Doga, Moścowa 23
(gegenüber Buchmann)

Kaufe Gold und
Silber

Hoffmann, Goldschmiede-
meister, Bielski 12. 6719

mit zwei leeren Kähnen ein und nach Danzig startete Schlepper „Konarski“ mit zwei beladenen Kähnen. Auf der Fahrt von Warschau nach Danzig bzw. in umgekehrter Richtung passierten die Dampfer „Dagiello“ und „Atlantyk“ bzw. „Fredro“ und „Batory“. *

Die Neuwahlen für die Stadtverordnetenversammlung finden, wie bereits kurz bekanntgegeben, am Sonntag, dem 26. November, statt. Es werden diesmal nur 40 Stadtverordnete (an Stelle der bisherigen 42) gewählt werden. — Für die Wahlen ist die Stadt in 10 Wahlbezirke und einige zwanzig Unterbezirke eingeteilt. Jeder Bezirk und Unterbezirk steht eine besondere Wahlkommission vor. Der Präsident des Bezirksgerichts, Radomski, wurde zum Präses der Hauptwahlkommission ernannt. *

* Der Wojewode von Pommerellen Kirtkis kehrte nach überstandener schwerer Krankheit, die ihn mehrere Wochen hindurch an das Krankenbett fesselte, Sonntag mittag nach Thorn zurück. Es wurde ihm hier durch die Vertreter der Militär- und Zivilbehörden, sowie durch die Vereine ein herzlicher Empfang bereitet. **

v. Heilwert des Thorner Wassers. Während des im September d. J. in Pojaz stattgefundenen Arztetongresses erwähnte der Leiter der chemischen Abteilung der Staatlichen Hygiene-Schule in Warschau, Ingenieur A. Szumlis, in seinem Referat über den Inhalt in den Wassern der Heilquellen in Polen, daß die ihm kürzlich aus der vor der städtischen Ausstellungshalle in Thorn erbohrten Soleader zur Analyse übersendete Probe 152/1000 Milligramm Jod enthalten. Auf Grund dieses Gutachtens kann heute schon gesagt werden, daß das Thorner Wasser bei gewissen Leiden eine nützliche natürliche Arznei sein wird. *

t. Die Einrichtung eines neuen Marktes auf der Bromberger Vorstadt wird von vielen Anwohnern dieses Stadtbezirks dringend gewünscht. Es hat sich ein Komitee gebildet, das zu Donnerstag, abends 7 Uhr, eine Bürgerversammlung in das Lokal „Selanka“ einberufen hat. — Ob die Dezentralisierung der Wochenmärkte für die Allgemeinheit vorteilhaft sein wird, dürfte billig bezweifelt werden. **

Bei einer Haussuchung, die in einem Lebensmittelgeschäft in der Bergstraße durchgeführt wurde, fand die Polizei eine größere Menge Porzellan, Fayence, Messer und andere Gegenstände im Gesamtwerte von etwa 2000 Złoty. Diese Sachen stammen, wie sich herausstellte, aus dem Diebstahl zum Schaden von Bolesław Balcerowicz in Culmsee. Die Untersuchung in dieser Angelegenheit wird zur Zeit noch fortgeführt. *

t. Ein Fahrradmärder war am Montag in der Marienstraße (ul. Panny Marii) am Werk und es gelang ihm, ein dort ohne Klüff stehendes Fahrrad zu entführen, und zwar gerade noch in dem Augenblick, als der Eigentümer Stanisław Żurek, Brombergerstraße (ul. Bydgoska) 86, zurückkehrte. Die sofort aufgenommene Verfolgung blieb leider erfolglos, jedoch wurde der Täter erkannt und ist auch sein Name bekannt. **

Wegen Unterschlagung von 65 Złoty sowie wegen Bagabündige und Betriebe wurden am Montag zwei Personen verhaftet und der Gerichtsbehörde übergeben. — Zur Anzeige gelangten vier Kleindiebstähle, die sofort bis auf einen aufgeklärt wurden. Im Protokoll genommen wurden

Wer von den

Post-Abonnenten

die Deutsche Rundschau für den Monat November noch nicht bestellt hat, möglicherweise noch, bei dem zuständigen Postamt oder bei dem Briefträger erneuert. Bestellzettel zur gefl. Verwendung in dieser Nummer.

Wer von den Post-Abonnenten

die Deutsche Rundschau für den Monat November noch nicht bestellt hat, möglicherweise noch, bei dem zuständigen Postamt oder bei dem Briefträger erneuert. Bestellzettel zur gefl. Verwendung in dieser Nummer.

Wer von den Post-Abonnenten

die Deutsche Rundschau für den Monat November noch nicht bestellt hat, möglicherweise noch, bei dem zuständigen Postamt oder bei dem Briefträger erneuert. Bestellzettel zur gefl. Verwendung in dieser Nummer.

Wer von den Post-Abonnenten

die Deutsche Rundschau für den Monat November noch nicht bestellt hat, möglicherweise noch, bei dem zuständigen Postamt oder bei dem Briefträger erneuert. Bestellzettel zur gefl. Verwendung in dieser Nummer.

Wer von den Post-Abonnenten

die Deutsche Rundschau für den Monat November noch nicht bestellt hat, möglicherweise noch, bei dem zuständigen Postamt oder bei dem Briefträger erneuert. Bestellzettel zur gefl. Verwendung in dieser Nummer.

Wer von den Post-Abonnenten

die Deutsche Rundschau für den Monat November noch nicht bestellt hat, möglicherweise noch, bei dem zuständigen Postamt oder bei dem Briefträger erneuert. Bestellzettel zur gefl. Verwendung in dieser Nummer.

Wer von den Post-Abonnenten

die Deutsche Rundschau für den Monat November noch nicht bestellt hat, möglicherweise noch, bei dem zuständigen Postamt oder bei dem Briefträger erneuert. Bestellzettel zur gefl. Verwendung in dieser Nummer.

Wer von den Post-Abonnenten

die Deutsche Rundschau für den Monat November noch nicht bestellt hat, möglicherweise noch, bei dem zuständigen Postamt oder bei dem Briefträger erneuert. Bestellzettel zur gefl. Verwendung in dieser Nummer.

Wer von den Post-Abonnenten

die Deutsche Rundschau für den Monat November noch nicht bestellt hat, möglicherweise noch, bei dem zuständigen Postamt oder bei dem Briefträger erneuert. Bestellzettel zur gefl. Verwendung in dieser Nummer.

Wer von den Post-Abonnenten

die Deutsche Rundschau für den Monat November noch nicht bestellt hat, möglicherweise noch, bei dem zuständigen Postamt oder bei dem Briefträger erneuert. Bestellzettel zur gefl. Verwendung in dieser Nummer.

Wer von den Post-Abonnenten

die Deutsche Rundschau für den Monat November noch nicht bestellt hat, möglicherweise noch, bei dem zuständigen Postamt oder bei dem Briefträger erneuert. Bestellzettel zur gefl. Verwendung in dieser Nummer.

Wer von den Post-Abonnenten

die Deutsche Rundschau für den Monat November noch nicht bestellt hat, möglicherweise noch, bei dem zuständigen Postamt oder bei dem Briefträger erneuert. Bestellzettel zur gefl. Verwendung in dieser Nummer.

Wer von den Post-Abonnenten

die Deutsche Rundschau für den Monat November noch nicht bestellt hat, möglicherweise noch, bei dem zuständigen Postamt oder bei dem Briefträger erneuert. Bestellzettel zur gefl. Verwendung in dieser Nummer.

Wer von den Post-Abonnenten

die Deutsche Rundschau für den Monat November noch nicht bestellt hat, möglicherweise noch, bei dem zuständigen Postamt oder bei dem Briefträger erneuert. Bestellzettel zur gefl. Verwendung in dieser Nummer.

Wer von den Post-Abonnenten

die Deutsche Rundschau für den Monat November noch nicht bestellt hat, möglicherweise noch, bei dem zuständigen Postamt oder bei dem Briefträger erneuert. Bestellzettel zur gefl. Verwendung in dieser Nummer.

Wer von den Post-Abonnenten

die Deutsche Rundschau für den Monat November noch nicht bestellt hat, möglicherweise noch, bei dem zuständigen Postamt oder bei dem Briefträger erneuert. Bestellzettel zur gefl. Verwendung in dieser Nummer.

Wer von den Post-Abonnenten

die Deutsche Rundschau für den Monat November noch nicht bestellt hat, möglicherweise noch, bei dem zuständigen Postamt oder bei dem Briefträger erneuert. Bestellzettel zur gefl. Verwendung in dieser Nummer.

Wer von den Post-Abonnenten

die Deutsche Rundschau für den Monat November noch nicht bestellt hat, möglicherweise noch, bei dem zuständigen Postamt oder bei dem Briefträger erneuert. Bestellzettel zur gefl. Verwendung in dieser Nummer.

Wer von den Post-Abonnenten

die Deutsche Rundschau für den Monat November noch nicht bestellt hat, möglicherweise noch, bei dem zuständigen Postamt oder bei dem Briefträger erneuert. Bestellzettel zur gefl. Verwendung in dieser Nummer.

Wer von den Post-Abonnenten

die Deutsche Rundschau für den Monat November noch nicht bestellt hat, möglicherweise noch, bei dem zuständigen Postamt oder bei dem Briefträger erneuert. Bestellzettel zur gefl. Verwendung in dieser Nummer.

Wer von den Post-Abonnenten

die Deutsche Rundschau für den Monat November noch nicht bestellt hat, möglicherweise noch, bei dem zuständigen Postamt oder bei dem Briefträger erneuert. Bestellzettel zur gefl. Verwendung in dieser Nummer.

zweifellos übertrittenen polizeilichen Verwaltungsvorschriften, zwei Fälle von Sachbeschädigung und ein Fall unvorsichtigen Umgehens mit offenem Feuer.

Wegen Singens deutscher patriotischer Lieder in einer Restauration in der Graudenzerstraße (ul. Grudziadzka) wurde Franciszek Witomski von hier durch die Polizei strafnotiert.

+ Marktbericht. Auf dem gut besuchten Dienstag-Wochenmarkt notierte man: Eier 1,20—1,50, Butter 1,40—1,80, Äpfel 0,10—0,40, Birnen 0,15 bis 0,50, Pflaumen 0,30—0,60, Weintrauben 0,50—0,80, Walnüsse 1—1,20, Zitronen 0,10—0,15; Rebfüßchen 2 Maß 0,25, Grünlinge per Maß 0,15, Reisiger per Mandel 0,50—0,70, kleine Steinpilze pro Mandel 0,15—0,30; Blumenkohl (sehr viel) pro Kopf 0,05—0,50, Rosenkohl 0,30—0,40, Weiß, Rots- und Wirsingkohl pro Kopf 0,05—0,80, Tomaten 0,10—0,30, Karotten und Mohrrüben 3 Bünd 0,25, rote Rüben pro Kilo 0,15 usw., Kartoffeln pro Bentner 2—2,50 Zloty. Die Geftigelpreise waren fast unverändert.

d. Gdingen (Gdynia), 17. Oktober. Ein Bauarbeiterstreik ist hier gestern unerwartet ausgebrochen. Alle Bauarbeiter haben die Arbeit niedergelegt und fordern eine Lohnherhöhung von 80 Prozent. Bis jetzt ist der Streit ruhig verlaufen.

Selbstmord beging gestern auf dem Kohlendampfer „Robur VI“ der Matrose Wl. Kłosin, der seinem Leben ein Ende durch Erhängen machte. Der Beweggrund war der Verlust seines ganzen Vermögens in Amerika.

Ein Staubenbrand entstand heute im Hause des W. Koniecki in der Danzigerstraße, wo infolge einer Benzinexplosion Möbel in Brand geraten waren. Dank sofortiger Hilfe konnte ein Ausbreiten des Feuers vermieden werden. Der entstandene Sachschaden beläuft sich auf etwa 400 Zloty, die durch Versicherung gedeckt werden.

tz. Konitz (Chojnice), 17. Oktober. Heute nacht wurde dem Landwirt Leo Januszewski aus Klausenau vom Hof sämtliche Wäsche gestohlen, die dort zum Trocknen aufgehängt war. Sogar die Wäscheleine ließen die Diebe mitgehen. Der Schaden beträgt etwa 350 Zloty. — Wilhelm Konarski aus Grunberg wurden 5 Gänse gestohlen, Anna Hamerski aus Rittel 4 Hühner. Die Polizei verfolgt bestimmte Spuren.

Beim Versuch, die Grenze von Deutschland nach Polen ohne Erlaubnis zu überschreiten, wurde ein Mann aus Bartenstein von der Grenzpolizei verhaftet.

Herr Olzianowski aus Skoczewo schoss einen Seehundenhörnchen, dessen Gewicht 12 Kilo wog und eine Spannweite von 1,17 Meter hatte.

Bei der letzten Monatsversammlung des Katholischen Arbeitervereins hielt der Vizepräsident einen interessanten Vortrag über „Das Christentum im Kampf mit dem Heidentum“. Es wurde beschlossen, dieses Jahr statt der Weihnachtsspenden eine allgemeine Weihnachtsfeier zu veranstalten.

Wladyslaw Wilan wollte einmal in Berent seinem Herzen Lust machen und schimpfte: „Verflucht Käschub!“ Er hatte sich deswegen heute vor dem Konitzer Kreisgericht wegen Beleidigung zu verantworten und wurde zu 2½ Monaten Gefängnis verurteilt. — Roman Kajek, ein Arbeiter aus Konitz, hatte aus dem Rathaus ein Fahrrad gestohlen und wurde deswegen zu einem Monat Gefängnis verurteilt. — Wegen Diebstahls von 1½ Bentner Getreide wurde Jan Walczak aus Granau zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Ebenfalls 6 Monate Gefängnis erhielt wegen Diebstahls von 4 Rollen Dachpappe Anton Trapp aus Konitz. Mit 1 Monat Arrest kam der Eisenbahnarbeiter Leon Klimmek von hier davon, wegen Diebstahls von einem Paar Wiener Täuben.

In das hiesige Komvit drangen in der Sonntagnacht Einbrecher ein und stahlen aus der Vorratskammer eine größere Menge Lebensmittel.

* Neustadt (Wejherowo), 16. Oktober. Kürzlich feierte der Kirchenkreis Neustadt hier einen Frauen- und Muttertag. In der schön geschmückten Kirche fand am Vormittag ein Festgottesdienst statt, der von Pfarrer Schmerdtfeger-Posen gehalten wurde. Am Nachmittag sprach Franz Superintendent Rhode-Posen zu einer großen Anzahl Frauen über das Thema: „Der Einfluss der Frau auf den Geist des Hauses“. Am Vor- und Nachmittag versöhnte der Kirchendorf die Feier. Erfreulich war, daß an dieser Feier eine große Anzahl Frauen auch der weiter entfernt liegenden Gemeinden des Kirchenkreises teilnahmen.

p. Neustadt (Wejherowo), 16. Oktober. Auf dem Wochenmarkt kosteten Kartoffeln 1,80—2,00, Eier 1,40 bis 1,50, Butter 1,20—1,80, Ferkel das Stück 7,00—12,00 Zloty.

Einem Mann wurde, als er zur Stadt auf seinem Fahrrad gefahren war und es in einem Hauseflur stehen ließ, dasselbe von bis jetzt unbekannten Langfinger gestohlen. Das Rad kostete 200 Zloty. Der Täter wird von der Polizei gefangen. — Aus einer unveröffentlichten Parade wurde dem Patorki in Giszau ein Fahrrad im Werte von 240 Zloty gestohlen. — Dem Händler Rosengart in Ciechanowo wurden ein Trauring und etwas Kleingeld aus dem Laden entwendet. Der Dieb wurde ermittelt. — Eine weibliche Person in Rahmel (Rumja) wurde verhaftet, da der begründete Verdacht bestand, daß sie sich Grammophonen angeeignet habe. Eine Haussuchung lieferte 47 gefüllte Schachteln an das Tageslicht.

h Neumark (Nowemiaso), 16. Oktober. Vor dem hier tagenden Bezirksgericht fand eine Verhandlung gegen den städtischen Stenographen Szczepan Kamiński von hier statt. Ihm wurde zur Last gelegt, eingezogene Gelder in einer Höhe von 5308 Zloty veruntreut zu haben. Das Gericht verurteilte ihn zu zwei Jahren Gefängnis.

Ferner sahen auf der Anklagebank Johann Federki, Bolesław Kwiatkowski, Franz Petrkowski und Leo Markuszewski, sämtlich von hier. Die beiden ersten Angeklagten wurden beschuldigt, den dienstuenden Polizeibeamten Stern angefallen, die beiden anderen, den verhafteten Federki befreit zu haben. Nachdem das Gericht mehrere Zeugen vernommen hatte, sprach es die Angeklagten Federki und Kwiatkowski infolge mangelhaften Beweismaterials frei. Petrkowski und Markuszewski erhielten je drei Monate Gefängnis mit dreijähriger Bewährungsfrist.

Rennenburg (Rowe), 17. Oktober. Am vergangenen Sonntag veranstaltete der hiesige Evangelische Kirchendorf unter Leitung seiner Dirigentin, Frau Ella Borkówka, ein Kaffeekränzchen im Saale Borkowsky. Zahlreiche Teilnehmer aus Stadt und Land waren erschienen. Eröffnet wurde das Fest mit Konzertmusik einer Grauden-

zer Kapelle, und ein von Herrn Golinski gesprochener Prolog begrüßte in launigen Worten die Gäste. Chorvorträge folgten, unter erfreulicher Pflege des deutschen Volksliedes. Das Singspiel „In der Spinnstube“, in reizenden Kostümen ausgeführt von den Damen: Laut, Behr, Schlicht, Molgahn und Dittmer, schloß sich an. Nach ferneren Gesangsvorträgen ging ein außerordentlich humorvoller Einakter in Szene, dessen Mitwirkende, Damen: Laut und Schlicht, Herren: Tetzmer, Weiß, Golinski und Hildebrandt, sich vorzüglich ihrer Rollen entledigten, so daß beide Aufführungen wie die Chorgesänge reichen Beifall ernteten. Ein fröhlicher Tanz bis 1 Uhr nachts von jung und alt beendete das wohlgelungene Fest, dessen Reingewinn dem Achor zur Aufschaffung neuer Noten dienen wird.

— Tuchel (Tuchola), 17. Oktober. In Kęsau (Kesowo), Kreis Tuchel, fand am vergangenen Sonntag, dem 15. d. M., abends um 7 Uhr, im erntemäßigen geschmückten Saale der Damen Wehr ein „Erntefest-Abend“ statt. Von nah und fern waren zahlreich die geladenen Gäste herbeigeeilt, so daß der Saal bis auf den letzten Platz besetzt war. Nach der Begrüßung und Willkommenstrunk in Gedichtform trug der dortige evangelische Kirchenchor das Chorlied, „Danke dem Herrn“ vor. Nun wechselten — dem Abend entsprechend — Gedichte, Lieder und Sprechchöre ernsten und heiteren Inhalts. Dieser Programmteil wurde mit dem übermäßigen

lustigen Kartoffel-Scherzlied geschlossen. Nach einer kurzen Pause wurde dann in vier Bildern das Singspiel „Das Erntefest“ dargeboten, das allgemeinen Beifall fand, da die Darsteller sich trefflich in ihrer Rollenaufgabe zeigten. Gegen 11 Uhr waren die Darbietungen beendet, und allen Festteilnehmern wurde nun Gelegenheit geboten, sich gratis an Kuchen und Kaffee zu laben. Die Jugend blieb dann noch einige Zeit bei frohem Spiel und sonstigen lustigen Abwechslungen beschäftigen.

x. Zempelburg (Sepólno), 17. Oktober. Laut amtlicher Bekanntmachung im Kreisblatt ist die Rotlaufsuche auf dem Gebiet der Besitzer Albert Radke in Kanin und R. Geske in Kloßbuden erloschen.

Anlässlich der anfangs dieses Monats stattgehabten Feuerwehr-Woche erhielten folgende hiesige Feuerwehrleute Auszeichnungen: Johann Dorau, die bronzenen Medaillen für langjährige treue Mitgliedschaft; ferner Edmund Jagielski, Franz Klesinski, Johann Kowalek, Bernhard Striske und Paul Sieg für 10jährige Mitgliedschaft.

Vor einigen Tagen drangen unbekannte Diebe in den Pferdestall des Besitzers Deja in dem unweit gelegenen Dorfe Biebau und stahlen seinem Knecht sämtliche dort aufbewahrte Garderobe.

Dr. Rauschning in Genf.

Über das Verhältnis Danzigs zu Polen.

Bei seiner Anwesenheit zur Tagung des Völkerbundrates in Genf hat der Präsident des Senats der Freien Stadt Danzig, Dr. Rauschning, einem Sonderkorrespondenten des „Berliner Tageblatt“ eine Unterredung gewährt. Er macht darin sehr bemerkenswerte Ausführungen über das Verhältnis Danzigs zu Polen, sowie insbesondere über die Gründe, die den Danziger Senat auf die Initiative Dr. Rauschnings dazu veranlaßten, nach den jahrelangen unsicheren Rechtsstreitigkeiten vor den Völkerbundinstanzen eine direkte Verständigung zu suchen. Sie ist über einige der wichtigsten Punkte auch gefunden worden. Die Ausführungen des Präsidenten sind zweifellos so bedeutsam, daß eine Wiedergabe notwendig erscheint. Dr. Rauschning bemerkte eingangs, daß Danzig von Polen trotz der Zollunion als Ausland betrachtet wurde, während es seinerseits den Freistaat mit Agrarprodukten zu überwinnen versuchte. Er fuhr dann fort:

„Wie hoch die polnische Einfuhr im Laufe der Zeit wurde, erhellt daraus, daß z. B. im Jahre 1931 Polen für 150 Millionen Danziger Gulden Ware nach Danzig verkaufte, während es selbst nur für 60—70 Millionen Gulden Danziger Waren aufnahm;

eine unmögliche Bilanz,

die Danzigs Leben an der Wurzel bedrohte. Und ähnlich steht es mit dem Hafen und den Werken der Freien Stadt; denn hatte Polen auch zunächst die Danziger Werken mit namhaften Aufträgen bedacht, so ließ dies nach, als Polen sich eine zweite Inflation leistete und die polnische Währung fast auf die Hälfte der Danziger Währung sank, wodurch die Spanne zwischen Böhmen und Lebenshaltung der beiden Länder für den Danziger Unternehmer immer ungünstiger wurde... Gleichzeitig begann die Konkurrenz des von Polen mit großer Tatkräft angelegten und auf Schritt und Tritt bevorzugten Hafens Gdingen gefährdrohend zu werden. Der Tag kam, an dem der Umschlag des jungen Gdingen den des alten Danzig übertrafen sollte. So rückte von allen Seiten das Unheil heran, bis ein Weiterlanieren und ein Ausweichen vor der Entscheidung nicht mehr möglich war.

Die Frage war, sollte Danzig durch seinen eigenen Ruf die Unmöglichkeit des in Verfallen geschaffenen Danziger Status demonstrieren, womit zwangsläufig das ganze Ostproblem in seinen Rollen gekommen wäre, oder sollte es die Gesamtfrage von ganz großen Geschäftspunkten neu anfassen.

Sollte es auf diesem Wege versuchen, nicht nur das deutsche nationale Gut an Menschen und Werten, das ihm anvertraut war, am Leben zu erhalten, sondern gleichzeitig auch in diesem Teil Europas neue Formen für das Zusammenleben zweier auf einander angewiesener Staaten zu schaffen?

In der Erkenntnis der großen Möglichkeiten, die sich hier an der Weichsel für eine neu aufbauende Politik und für eine Durchbrechung der Isolierung Deutschlands boten, wurde eine

Bereinigung der Atmosphäre

herbeigeführt, die nicht nur Danzig selbst erleichtert aufzutreten ließ. Warschau garantierte dem Danziger Hafen einen Mindestjahresumschlag von 4% Millionen Tonnen. Man einzige sich über noch andere Probleme des Hafenverkehrs in Danzig und Gdingen, und man hofft weiter auf dem Wege der Beseitigung wirtschaftlicher Hemmnisse des gegenseitigen Warenverkehrs durch Einführung von Kompensationen zwischen den landwirtschaftlichen Produkten Polens und den Erzeugnissen der Danziger Veredelungsindustrie vorwärts zu kommen. Vielleicht zeigt auch die Möglichkeit der Gewährung langfristiger Warenkredite an Polen neue Wege der Zusammenarbeit.

Einmal muß allerdings beachtet werden: Mag man noch so viel von Wirtschaft sprechen, die Politik bleibt der allgegenwärtige Dritte.

Nichts ist zu erreichen, falls Polen sich nicht ein für alle Mal mit der Eigenstaatlichkeit und dem Deutschtum Danzigs abfindet.

Die Zeit muß zeigen, inwieweit Polen dies tut, und ob seine Nationalisten aus dem Rückgang der polnischen Stimmen in Danzig von 10 000 auf 3600 gelernt haben. Danzig ist hierin Polen mit gutem Beispiel vorausgegangen, indem es sich zu einem für die knapp vierprozentige polnische Minderheit der Freien Stadt geradezu idealen Vertrag bereit fand, getrennt der Parole Hitlers, der jede Zwangsgermanisierung ablehnt. Sollte dies nicht auch auf die Polen in Polen seine Wirkung ausüben?

Trotz der politischen Verhebung ist in den polnischen Massen ein gewisses Verständnis für Deutschland vorhanden,

das in dem gleichen Umfang wachsen muß, in dem sie sich vor Germanisierung manövren sicher fühlen.

Gewiß, ungeheure Fragen stehen heute so ungelöst wie je zwischen Deutschland und Polen. Die Zeit ist noch nicht so weit, sie in die Hand zu nehmen. Aber ebenso wie ein Felsblock nicht dadurch weggeräumt wird, daß man hundert andere neben ihm aufstellt, so haben auch Deutschland und Polen nichts gewonnen, wenn sie ihre Blicke auf einen Punkt richten und in der Zwischenzeit die auf anderen Gebieten bestehenden Aussichts-Möglichkeiten links liegen lassen. Indem Danzig eine Entspannungspolitik mit seinem östlichen Nachbarn einleitete, hat es somit keine deutschen Interessen geopfert, sondern ihnen im Gegenteil Vorspanndienste geleistet, die eines Tages von größtem Nutzen sein können. Denn:

auf die Dauer kann Deutschland ebenso wenig auf den Osten verzichten, wie der Osten auf Deutschland.

Obwohl noch ein langer Weg zurückgelegt werden muß, bevor diese Erkenntnis allgemein durchdringt, muß doch einmal ein Anfang gemacht werden. Dies glaubt Danzig getan zu haben, so daß seine Selbstbehaltungspolitik gleichzeitig Weltpolitik ist. Es begann damit, indem es zunächst einmal den Grundstein eines gesunden Wirtschaftsbauens legte. Die Politik wird folgen, für die Danzig dank einer Laine der Geschichte eine Schlüsselstellung besitzt. Eine solche Position aber läßt sich nicht ausnützen, solange Danzig, wie dies bis jetzt der Fall war, ein einziges großes Pulverfaß ist.

Der Eindruck der Persönlichkeit Dr. Rauschnings.

Der Genfer Sonderkorrespondent des „Berliner Tageblatt“ schickte seiner Wiedergabe der Ausführungen des Präsidenten des Danziger Senats eine kurze Schilderung des Eindrucks, vorans, den die Persönlichkeit Dr. Rauschnings auf ihn gemacht hat. Er schreibt u. a.:

„Dr. Rauschning ist ein Revolutionär von eigenem Schlag. Er ist kein Eiferer, der die Menge in leidenschaftlichem Gefühlsausbruch mit sich reißt, seine Überzeugungsgabe besteht in der ruhigen Klarheit und der Sicherheit seiner Argumente. Er ist der Typ des Mannes, der in einer bewegten Versammlung still daschen wird, um plötzlich aufzutreten und mit ein paar Worten die allen einleuchtende Lösung zu verkünden. Auch solche Männer sind Führernaturen.“

Keine Zeit für Wahlen in Danzig.

(Von unserem Danziger Mitarbeiter)

Die Amtszeit der Gemeindevertretung läuft mit Ende des Jahres ab. Der Senat hat die Amtszeit aber über den 31. Dezember 1933 hinaus bis auf weiteres verlängert, mit der Begründung, daß in Abrechnung der großen Ausgaben, mit deren Lösung die Regierung beschäftigt ist, für Wahlen keine Zeit sei. Es kann dazu bemerkt werden, daß Gemeindevertretungen, die den Zielen der nationalsozialistischen Regierung fremd gegenüberstanden, ohnehin durch Einsetzung von Staatskommissären ausgeschaltet sind.

Hingegen wurde die Amtszeit der ehrenamtlichen Mitglieder des Verwaltunggerichts und der Steuerkammer mit dem 31. Oktober 1933 für beendet erklärt. Diese ehrenamtlichen Mitglieder, die bis dahin aus Wahlen der Stadtverordnetenversammlungen und der Kreisausschüsse hervorgingen, werden künftig auf Vorschlag der Magistrate der Kreisausschüsse bzw. der Hauptwirtschaftskammer durch den Senat ernannt werden.

Eine neue Volksschule in Danzig.

(Von unserem Danziger Mitarbeiter)

Jahrelang bestand vor der Ummauerung in Danzig eine Volkshochschule, die aber schließlich wegen mangelnden Besuchers ihre Tätigkeit einstellen mußte. Nun hat die Kultusabteilung des Senats eine neue deutsche Volkshochschule ins Leben gerufen, deren Aufgabe es sein soll, breitesten Volkskreisen in einzelnen Vortragsreihen in Abendkursen das Gedankengut der nationalsozialistischen Weltanschauung zugänglich zu machen. Die neue Volkshochschule soll neben der Verwölkommunion des Wissens vor allem das Volk zu nationaler, sozialer und christlicher Gewissheit und Tat erziehen. Zum Leiter ist Oberstudienrat Dr. Rühle bestimmt worden, der durch seine Heimatforschung und zahlreiche Vorträge weiten Kreisen der Bevölkerung schon bekannt ist. Bereits Ende dieses Monats wird die neue Volkshochschule ihre Tätigkeit aufnehmen.

Die Wahlordnung zu den Stadtverordnetenversammlungen in den Wojewodschaften Posen und Pommerellen.

Der „Dziennik Ustaw“ vom 14. Oktober 1923 (Nr. 80) enthält die Wahlordnung für die Stadtverordnetenversammlungen in den Wojewodschaften Posen und Pommerellen. Die vom Innenminister ausgearbeitete Wahlordnung enthält in ihrem ersten Teil allgemeine Bestimmungen über die Anordnung der Wahlen, die Wahlkommissionen, die Wählerverzeichnisse und die Kandidatenlisten. Aus diesen allgemeinen Vorschriften geben wir nachstehenden Auszug wieder:

Die Wahlen zu den Stadtverordnetenversammlungen finden auf Grund des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlsystems statt. Das Wahlrecht kann nur persönlich ausgeübt werden.

Das aktive Wahlrecht

steht jedem polnischen Staatsbürger beiderlei Geschlechts zu, der:

- bis zum Tage der Ausschreibung der Wahlen das 24. Lebensjahr vollendet hat;
- mindestens ein Jahr lang vor dem Tage der Ausschreibung der Wahlen auf dem Gebiet des Selbstverwaltungsverbandes, dessen Organ gewählt werden soll, einen Wohnsitz hat;
- das aktive Wahlrecht zum Sejm gemäß den geltenden Vorschriften nicht verloren hat.

In die Stadtverordnetenversammlung kann jeder polnische Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts gewählt werden, der bis zum Tage der Ausschreibung der Wahlen 30 Jahre alt geworden ist, das Wahlrecht besitzt und die polnische Sprache in Wort und Schrift beherrscht.

Die Zahl der Stadtverordneten

beträgt nach Artikel 24 des Gesetzes über die teilweise Änderung der Verfassung der territorialen Selbstverwaltung:

a) bis zu 5000 Einwohnern	— 12
b) über 5000 bis zu 10 000 Einwohner	— 16
c) über 10 000 bis 25 000 Einwohner	— 24
d) über 25 000 bis 40 000 Einwohner	— 32
e) über 40 000 bis 60 000 Einwohner	— 40
f) über 60 000 bis 120 000 Einwohner	— 48
g) über 120 000 bis 180 000 Einwohner	— 56
h) über 180 000 bis 250 000 Einwohner	— 64
i) über 250 000 Einwohner	— 72

In der Hauptstadt Warschau hat die Stadtverordnetenversammlung 100 Stadtverordnete. Als Grundlage der Feststellung der Einwohnerzahl der Stadt wird das durch das Statistische Hauptamt veröffentlichte Ergebnis der letzten allgemeinen Volkszählung angenommen. Die Zahl der stellvertretenden Stadtverordneten entspricht der Stadtverordnetenzahl.

Die Wählerlisten

haben sämliche Wahlberechtigten zu der Stadtverordnetenversammlung zu enthalten. Angestellt werden sie nach den Straßen und Hausnummern oder nach der alphabetischen Reihenfolge der Namen der Wähler. Am 15. bzw. 25. Tage nach der Anordnung der Wahlen veröffentlicht die Hauptkommission durch Plakate: die Einteilung der Stadt in Wahl- und Stimmbezirke, die Zusammensetzung der Hauptwahlkommission, sowie der Bezirks- und Kreiskommissionen, die Geschäftsräume und Dienststellen dieser Kommissionen, den Termin und Ort der Auslegung der Wahllisten und der Einreichung von Reklamationen, die Zahl der Stadtverordneten, die in jedem einzelnen Wahlbezirk gewählt werden sollen, den Termin der Anmeldung der Kandidatenlisten und die Zahl der Wähler, die zur Anmeldung der Kandidatenlisten für jeden Wahlbezirk berechtigt sind. Die Wahllisten sind in den Geschäftsräumen der Bezirkskommissionen sieben Tage lang mindestens fünf Stunden täglich zur Einsichtnahme auszulegen. In dieser Zeit kann jeder Einwohner der Gemeinde die Wählerlisten einsehen und Abschriften daraus anfertigen. Während der Auslegung der Verzeichnisse hat jeder Stadtbewohner das Recht, bei der Bezirkswahlkommission eine durch entsprechende Beweise gestützte Reklamation einzureichen, wenn er selbst oder irgendein anderer im Wählerverzeichnis nicht enthalten ist, bzw. wenn eine Person eingetragen worden ist, die keine Berechtigung zur Stimmabgabe hat. Die Reklamationen sind schriftlich oder mündlich zu Protokoll einzureichen.

Die Kandidatenlisten.

Spätestens 20 oder 30 Tage vom Datum der Anordnung der Wahlen an haben die Wähler das Recht, bei der Hauptwahlkommission die Kandidatenlisten anzumelden. Die Kandidaten für die Stadtverordnetenversammlung müssen das passive Wahlrecht besitzen. Die Zahl der Kandidaten auf den einzelnen Listen darf die dreifache Zahl der auf den betreffenden Wahlbezirk entfallenden Stadtverordneten-Mandate nicht überschreiten.

Dieselbe Kandidatenliste darf nicht in mehreren Wahlbezirken angemeldet werden. Die Kandidatenliste hat zu enthalten die Nummer des Wahlbezirks, Vor- und Zuname, Alter und genaue Adresse der Wohnung eines jeden Kandidaten. Die Namen der Kandidaten sind mit laufenden Nummern zu versehen. Beizufügen ist der Kandidatenliste die durch die eigenhändige Unterschrift verfasste Erklärung eines jeden Kandidaten, daß er mit der Anmeldung seiner Kandidatur auf der betreffenden Liste und in dem betreffenden Wahlbezirk einverstanden ist, daß er das passive Wahlrecht zum Stadtverordneten besitzt und daß er den Inhalt der Artikel 6, 8 und 9 des Gesetzes über die Annahme und Ausübung des Mandats usw. kennt. Kandidieren kann man nur auf einer Liste in dem betr. Wahlbezirk. Wird der selbe Kandidat in mehreren Listen aufgeführt, so wird er als rechtmäßig auf der Liste angemeldet angesehen, der sein Einverständnis mit dem spätesten Datum beigelegt ist. Im Falle gleicher Daten wird der Kandidat aus allen Listen gestrichen.

Der Vorsitzende der Hauptwahlkommission hat das Recht, den Kandidaten zur Feststellung vorzuladen, ob er die polnische Sprache in Wort und Schrift beherrscht. Der Kandidat, welcher der rechtmäßig aufgestellten Vorladung nicht Folge leistet, kann von der Hauptwahlkommission aus der Kandidatenliste gestrichen werden. Gegen diese Entscheidungen gibt es keine Berufung.

Jede Kandidatenliste ist von mindestens dem fünfzigsten Teil aller Wähler zu unterzeichnen, die in der Wählerliste der betr. Stadt oder des betr. Bezirks eingetragen sind. Als Grundlage zur Feststellung der notwendigen Zahl der Unterschriften dienen die Wählerverzeichnisse, die von dem Vorsteher der Gemeinde ohne Verjährungszeit angefertigt worden sind. Die Zahl von 300 Unterschriften ist in jedem Falle als genügend zu betrachten. Die die Liste Unterzeichnenden haben die Anschriften ihrer Wohnungen anzugeben. Der Tod des Unterzeichnenden oder sein späterer Verlust des Wahlrechts bewirkt nicht die Ungültigkeitserklärung der Liste. Der Wähler hat das Recht, seine Unterschrift unter die Kandidatenliste spätestens am 20. oder 30. Tage nach der Anordnung der Wahlen zurückzuziehen. Als Bevollmächtigter der Liste, der ermächtigt ist, sich mit der Wahlkommission zu verständigen, gilt die an erster Stelle unterzeichnete Person. Als Stellvertreter des Bevollmächtigten wird die an zweiter Stelle unterzeichnete Person angesehen, sofern in der Liste als Bevollmächtigter und sein Stellvertreter nicht ausdrücklich andere Personen genannt sind.

Spätestens am 26. oder 26. Tage nach der Ausschreibung der Wahlen gibt die Hauptwahlkommission durch Plakate bekannt: die Kandidatenliste, die als gültig für jeden Wahlbezirk erkannt wurde, den Tag und die Dauer der Abstimmung und die Totale, in denen die Abstimmung vorgenommen wird.

Der Wahltag.

Die Abstimmung findet an einem und demselben Tage in sämtlichen Wahlbezirken an einem Sonn- oder Feiertag, spätestens 30 oder 40 Tage nach der Anordnung der Wahlen statt. Von dem Beginn der Wahl bis zur Berechnung der Stimmenzahl haben ohne Unterbrechung der Vorsitzende oder sein Stellvertreter und mindestens zwei Kommissionsmitglieder oder deren Stellvertreter im Wahllokal anwesend zu sein. Dort können sich auch die Wahlvertrauensmänner aufzuhalten, die je einer für jede Kommission, von den Bevollmächtigten der Listen angemeldet wird. Der Vertrauensmann muß das Wahlrecht zur Stadtverordnetenversammlung der betr. Stadt besitzen und hat dem Vorsitzenden der Wahlkommission ein namentliches Vollmachtschreiben vorzuzeigen. Am Wahltag ist es nicht gestattet, im Wahllokal, in dem Gebäude, in dem sich das Lokal befindet, auf der Straße und auf dem Platz vor dem Eingang in das Gebäude im Umkreise von 100 Metern Ansprachen an die Wähler zu halten, Stimmzettel zu verteilen und in irgend einer anderen Weise zu agitieren. Diese Bestimmungen beziehen sich auch auf die Vertrauensmänner. Die Wahl wird mit weißen Stimmzetteln vorgenommen, die die Nummer einer der gültig angemeldeten Kandidatenlisten, sowie die Namen der Kandidaten zu enthalten haben, auf die der Wähler die Stimme abgibt. Der Wähler kann ausschließlich die Kandidaten wählen, deren Namen nur auf einer in dem betr. Wahlbezirk gültig angemeldeten Kandidatenliste aufgeführt sind. Jeder Wähler verfügt über soviel Stimmen, als Stadtverordnete in dem betr. Wahlbezirk gewählt werden, wobei er das Recht hat, einen Teil oder alle seine verfügbaren Stimmen für einen und denselben Kandidaten abzugeben. Es wird sodann auf dem Stimmzettel soviel Mal der Name des Kandidaten eingetragen, wieviel Stimmen man ihm geben will. Der Inhalt des Stimmzettels kann mechanisch hergestellt oder geschrieben sein. Um 7 Uhr abends wird das Wahllokal geschlossen. Von diesem Augenblick an können nur diejenigen Wähler ihre Stimmen abgeben, die im Augenblick der Schließung des Lokals sich im Wahllokal befanden. Die Kommission kann auch schon vor sieben Uhr die Wahl als beendet erklären, wenn sämtliche im Verzeichnis enthaltenen Wähler bereits ihre Stimmen abgegeben haben.

Feststellung des Wahlergebnisses.

Die Berechnung der abgegebenen Stimmen erfolgt durch die Wahlkommissionen, vor denen die Wahl stattgefunden hat; sie wird unverzüglich nach der Beendigung der Abstimmung vorgenommen. Ungültig sind die Stimmzettel, die sich in einem auffällig nicht gestempelten Umschlag befinden, Stimmzettel, die eine andere, als die weiße Farbe haben, Stimmzettel, die nicht ausgefüllt oder unleserlich sind, Stimmzettel, die Namen von Kandidaten aus verschiedenen Listen enthalten. Von mehreren im Umschlag gefundenen Stimmzetteln gleichen Inhalts ist nur eine Karte als gültig zu erklären. Sind aber im Umschlag zwei oder mehr Stimmzettel verschiedener Inhalts, so sind sie sämtlich als ungültig zu erklären. Enthält ein Stimmzettel Namen von Kandidaten, die in keiner gültig angemeldeten Liste figurieren, so wird dadurch der Stimmzettel nicht ungültig, dagegen werden die Namen dieser Kandidaten gestrichen. Nach der endgültigen Feststellung der Wahlergebnisse in allen Bezirken stellt die Bezirkswahlkommission das Abstimmungsresultat aus dem ganzen Bezirk zusammen und stellt fest, wer von den Kandidaten in die Stadtverordnetenversammlung gewählt worden ist.

Die Wahlen sind ungültig:

wenn festgestellt wird, daß in dem betr. Wahlbezirk bei den Wahlen Bestechungen oder sonstige Manipulationen vorgekommen sind, die einen Einfluß auf die Wahlen ausüben können, sowie, wenn die Wahlen entgegen den Bestimmungen dieser Ordnung durchgeführt worden sind. Der Protest gegen die Wahl ist im Laufe von sieben Tagen nach der Bekanntgabe des Wahlergebnisses durch die Hauptwahlkommission einzureichen. Wird ein Protest gegen die Wahlen nicht eingereicht, so lösen sich, nachdem der Wahlakt Rechtskraft erlangt hat, die Wahlkommissionen auf.

Kleine Rundschau.

Große Gasexplosion in Paris.

Paris, 17. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Eine folgenschwere Gasexplosion, bei der etwa 25 Personen mehr oder weniger verletzt wurden, ereignete sich am Montag im Keller eines Mietshauses. Die Explosion ist auf den Bruch eines Gasrohrs zurückzuführen. In dem Keller waren Arbeiter mit der Ausbesserung eines Wasserrohres beschäftigt und trafen beim Aufstreichen des Bodens mit der Spitzhacke versehentlich das Gasrohr. Zwei Lebensmittelgeschäfte, die sich über dem Keller befanden, wurden fast vollständig vernichtet. Die Verleihen sind größtenteils Käfer, die sich in den Läden befanden.

Der Bürgermeister als legaler Brandstifter.

In einem Vorort der englischen Stadt Dudley befand sich eine kleine Wohnendkolonie, deren Häuser bereits sehr baufällig waren. Die Sommerhäuser sind längst von ihren Besitzern verlassen worden, da die Ausbesserungs- und Erneuerungsarbeiten zu hohe Summen verschlingen würden. Diese Kolonie wurde nun durch den Bürgermeister der Stadt zum Feuerode verurteilt. Es handelt sich um etwa dreißig Wohnendhäuser, die auf diesem Wege, den man als den billigsten herausgefunden hat, vernichtet wurden. Der Bürgermeister steckte eigenhändig die mit Petroleum übergesogenen Räume eines im Zentrum der kleinen Kolonie gelegenen Hauses in Brand. Eine große Menschenmenge und eine Anzahl von Photoreportern hatte sich eingefunden, um dieses ungewöhnliche Schauspiel zu beobachten. Mit rasender Schnelligkeit griff das Feuer um sich, und bald waren von den leichten Häuschen nur noch schwelende Trümmerhaufen übrig. In kurzer Zeit wird man dort mit dem Bau neuer, massiver Siedlungshäuser nach einem großzügigen Plan beginnen.

Briefkasten der Redaktion.

Alle Anfragen müssen mit dem Namen und der vollen Adresse des Einigers versiehen sein; anonyme Anfragen werden grundsätzlich nicht beantwortet. Auch muß jeder Anfrage die Abonnementsquittung beilegen. Auf dem Kuvert ist der Vermerk „Briefkasten-Sache“ anzubringen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt.

Nr. 100. Die Hypothek wird als Restkaufzins mit 18 $\frac{1}{4}$ Prozent aufgewertet; daß das Grundstück inzwischen den Eigentümer gewechselt hat, tut nichts zur Sache. Für die Höhe der Aufwertung ist der Monat im Jahre 1919, in dem die Eintragung bewilligt wurde, entscheidend. — Sie müssen sich an den im Grundbuch eingetragenen Eigentümer halten.

S. B. Den Baum hat derjenige zu unterhalten, auf dessen Grundstück die Posten stehen. — Sollte aber der Nachbar schuldhaft oder fahrlässig Ihren Baum beschädigen, können Sie Schadensersatz verlangen.

Hypothesenfrage. Der Hypothekenschuldner ist verpflichtet, die Kosten der Lösungsfähigen Quittung dem Gläubiger zu erstatten. Für den Nachweis seiner Berechtigung zur Ausstellung der Quittung — durch Erbliche u. — hat der Gläubiger selbst einzutreten. Bei Verlust bei Beschaffung der Dokumente brauchen Sie ihm auf keinen Fall zu erzeigen. — Sollte der Gläubiger trotz erhaltener Zahlung die lösungsfähige Quittung nicht herausgeben wollen, so können Sie auf Herausgabe derselben klagen.

M. 1933. Die Stempel- und Notarialkosten müssen sofort in bar entrichtet werden. Die Höhe richtet sich nach dem Objekt, das in Ihrem Falle einen Wert von etwa 50–70 000 Gold darstellen dürfte. Vom Kaufvertrag sind 4 Prozent, vom Überlassungsvertrag 1 Prozent Staatstempel zu entrichten. Die Notarialkosten dürfen circa 500 Gold betragen.

Miete. Da die Wechsel kommt das Finanzamt nicht heran. Wohl aber kann es die künftige Miete pfänden. — Sie werden den Mieter wohl am besten den Empfang der Miete quittieren unter der Bedingung, daß die Wechsel nicht zu Protest gehen.

Rundfunk-Programm.

Freitag, den 20. Oktober.

Deutschlandsender.

06.35: Konzert. 09.00: Schulfunk. 09.45: Kindergymnastik. 10.10: Schulfunk. 10.50: Beethoven-Lieder. 12.00 ca.: Konzert (Schallplatten). 14.00: Aus Operetten und Opern (Schallplatten). 15.00: Jungmädchenstunde. 15.45: Das Kaiserbuch von Paul Ern. 16.00: Von Leipzig: Konzert. 17.00: Pro. Dr. Neel: die germanische Heldenage in der Schule. 17.25: Zweig gefallene deutsche Komponisten. 18.05: Handwerkeruli durch Jahrhunderte. 18.20: Reichsdramaturg Dr. Mainzer Schlosser: Die Aufgaben des Reichsdramaturgen. 19.00: Stunde der Nation. Von München: Militärmärche aus drei Jahrhunderten. 20.10: Aus dem großen Saal des Breslauer Konzerthauses; Öffentlicher Volkstanzabend. 21.30: Volk an der Arbeit! Die Parteiregulierung. 22.00: Nachrichten. 22.30–24.00: Von Berlin: Unterhaltungsmaus.

Breslau-Gleiwitz.

06.35: Konzert. 08.30: Stunde der Frau. 10.10–10.40: Schulfunk. 11.50: Konzert. 12.00 ca.: Unterhaltungskonzert. 14.10: Lieder. 14.45: Unterhaltungskonzert. 15.15: Jugendfund. 16.00: Unterhaltungskonzert. 17.45: Landwirtschaftlicher Preisbericht. 18.15: Vom Korporationsstudenten zum politischen Soldaten. 18.10: Zeitdienst. 19.00: Stunde der Nation. Von München: Militärmärche aus drei Jahrhunderten. 20.10: Aus dem großen Saal des Breslauer Konzerthauses; Öffentlicher Volkstanzabend. 21.30: Volk an der Arbeit! Die Parteiregulierung. 22.00: Nachrichten. 22.30–24.00: Von Berlin: Unterhaltungsmaus.

Königsberg-Danzig.

06.35 und 11.30: Konzert. 13.05: Schallplatten. 15.15: Kinderfunk. 15.40: Frauenstunde. 16.00: Konzert. 17.30: Landfrauenfunk. 18.25: Liederstunde. 19.00: Stunde der Nation. Von München: Militärmärche aus drei Jahrhunderten. 20.00: Nachrichten. 20.45: Die deutsche Novelle. Theodor Storm: Wenn die Apfel reif sind. 21.00: Abendkonzert. Orchester des Opernhauses. 22.00: Nachrichten.

Leipzig.

06.35: Konzert. 09.30: Wie für die Haushalt. 12.00: Konzert. 13.30: Haussmusik für Violine und Klavier. 14.40: Schallplatten. 16.00: Konzert. 19.00: S. Deutschlandsender. 20.00: „Zar und Zimmermann“. Oper von Tsching. 23.00–00.30: Nachtmusik.

Warschau.

12.05: Saisonmusik. 12.35–13.00: Konzert. 15.55: Schallplatten. 16.55: Solistenkonzert. Frau Zamorika, Gesang, und Staniewicz, Klavier. 18.20: Leichte Musik. 20.15: Aus der Philharmonie: Sinfonie-Konzert. Philharmon. Orch. Dir. Bierdzajew. Solist: Milstein, Violin. 22.50: Tanzmusik. 23.05: Tanzmusik.

Unsere Leser werden gebeten, bei Bestellungen und Einsätzen sowie Offerten, welche sie auf Grund von Anzeigen in diesem Blatte machen, sich freundlichst auf die „Deutsche Rundschau“ beziehen zu wollen.

Wirtschaftliche Rundschau.

Die ausländischen Bankkredite in Polen.

Nach einer soeben erschienenen Berechnung des Bankenkonsortiums beim polnischen Finanzministerium stellt sich die Verpflichtung der Bankinstitute für kurzfristigen Kredit, das heißt der beiden Staatsbanken (Landeswirtschaftsbank und Staatische Agrarbank), der Aktienbanken, der Bankhäuser und der wichtigsten Kreditgenossenschaften von 1928 bis Mitte 1933 in bezug auf die in Anspruch genommene Kreditsumme und die Gläubigerländer folgendermaßen dar:

Gläubigerland:	1928	1929	1930	1931	1932	1933	31. 3.	30. 6.
	Uttim						31. 3.	30. 6.
England	110	135	179	95	56	57	46,0	
Österreich	67	97	64	43	31	30	27,7	
Belgien	11	39	11	11	10	12	11,6	
Tschechoslowakei	11	10	15	3	2	2	1,5	
Frankreich	90	99	104	66	56	66	59,0	
Danzig	19	22	36	11	8	14	9,8	
Holland	46	40	40	34	19	19	15,6	
Deutschland	86	116	83	93	72	66	61,8	
Amerika	61	65	65	16	12	8	4,3	
Schweiz	19	38	29	17	13	6	12,8	
Schweden	3	3	5	8	5	5	4,7	
Italien	8	3	3	3	3	6	4,6	
Andere	4	6	6	1	5	3	2,5	
Insgesamt:	535	673	640	401	292	294	261,9	

Nach Kreditarten stellt sich die Schuld der polnischen Bankinstitute wie folgt dar (Stand vom 30. Juni 1933):

Gläubigerland:	Unbefristete Kredite ohne Kündigung	Befristete Kredite	Devisenkredite	Kreditsaldo der Zweigstellenkonten in den Filialen
England	5,5	4,8	35,2	1,0
Österreich	3,7	5,2	18,8	—
Belgien	0,7	5,1	5,7	0,1
Tschechoslowakei	0,9	0,0	0,5	0,1
Frankreich	5,2	6,1	19,5	0,4
Danzig	3,5	—	1,6	1,4
Holland	14,6	0,6	0,4	—
Deutschland	2,6	0,4	0,4	58,4
Amerika	1,2	1,8	1,3	0,0
Schweiz	1,6	—	11,1	0,1
Schweden	0,2	—	4,5	—
Italien	0,8	—	3,8	—
Andere	2,5	0,0	0,0	—
Insgesamt:	43,0	28,5	102,8	8,1
				89,5

EWB.D.

Senkung der Danziger Hafengebühren.

Auf Grund der Bestimmungen des in Warschau unterzeichneten polnisch-Danzer Abkommens sollen die Gebühren im Danziger Hafen mit den im Hafen von Gdingen verpflichteten Gebühren gleichgestellt werden. Die Hafengebühren in Danziger werden infolgedessen durchschnittlich um 25 bis 50 Prozent herabgesetzt. Es wird ein neuer Tarif ausgearbeitet werden, der schon am 1. November d. J. in Kraft tritt.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügung im „Monitor Polki“ für den 18. Oktober auf 5,9244 Zloty festgelegt.

Der Zinsatz der Bank Polki beträgt 6% der Lombardzins 7%.

Der Zloty am 17. Oktober. Danzig: Überweisung 57,55 bis 57,67, Berlin: Überweisung 46,85–47,25, Wien: Überweisung 79,25, Prag: Überweisung 383,00, Mailand: Überweisung 213,00, Zürich: Überweisung 57,90, London: Überweisung 28,12.

Warschauer Börse vom 17. Oktober. Umtat, Verkauf – Kauf, Belgien —, Belgrad —, Budapest —, Bülarek —, Danzig —, Helsingfors —, Spanien —, Holland 359,70, 360,60 — 358,80, Japan —, Konstantinopel —, Kopenhagen —, London —, 28,17 — 27,89, Newyork 6,18, 6,21 — 6,15, Oslo —, Paris 34,90, 34,99 — 34,81, Prag 26,48, 26,54 — 26,42, Riga —, Sofia —, Stockholm 145,50, 146,20 — 144,80, Schweiz 172,75, 173,18 — 172,32, Wien —, Italien 46,98, 47,21 — 46,75.

London Umfänge 28,05–28,02.

Berlin, 17. Oktober. Umtat, Devisenkurse. Newyork 2,922–2,924, London 12,22–13,26, Holland 16,18–16,52, Norwegen 66,48 bis 66,62, Schweden 68,23–68,37, Belgien 58,49–58,61, Italien 22,15 bis 22,19, Frankreich 16,42–16,46, Schweiz 81,32–81,48, Prag 12,435 bis 12,455, Wien 48,05–48,15, Danzig 81,67–81,83, Warschau 47,05–47,25.

Zürcher Börse vom 17. Oktober. Umtat, Verkauf – Kauf, Belgien —, Belgrad —, Budapest —, Bülarek —, Danzig —, Helsingfors —, Spanien —, Holland 359,70, 360,60 — 358,80, Japan —, Konstantinopel —, Kopenhagen —, London —, 28,17 — 27,89, Newyork 6,18, 6,21 — 6,15, Oslo —, Paris 34,90, 34,99 — 34,81, Prag 26,48, 26,54 — 26,42, Riga —, Sofia —, Stockholm 145,50, 146,20 — 144,80, Schweiz 172,75, 173,18 — 172,32, Wien —, Italien 46,98, 47,21 — 46,75.

Die Bank Polki zahlt heute für: 1 Dollar gr. Scheine 6,05 Zl. do. 1. Scheine — Zl. 1 Pfd. Sterling 27,81 Zl. 1 Schweizer Franken 172,08 Zl. 100 franz. Franken 34,76 Zl. 100 deutsche Mark 208,00 Zl. 100 Danziger Gulden 172,72 Zl. tschech. Krone — Zl. österr. Schillinga — Zl. holländischer Gulden 358,30.

Altienmarkt.

Posener Börse vom 17. Oktober. Es notierten: 5 prozent. Staatliche Konvert.-Anleihe 50,25 G., 4 prozent. Konvert.-Pfandbriefe der Posener Landesbank 38 G., 4½ prozent. Roggen-Pfandbriefe der Posener Landesbank (100 Zloty) 34,25 G. Tendenz ruhig. (G. = Nachfrage, B. = Angebot, + = Geschäft, * = ohne Umsatz.)

Produitemarkt.

Amtliche Notierungen der Bromberger Getreidebörsen vom 18. Oktober. Die Preise laufen Parität Bromberg (Waggonsladungen) für 100 Kilo in Zloty:

Transaktionspreise:		
Roggen	90 to	14.75
Weizen, neu, g. Verm.	19,25–19,75	Richtpreise:
Roggen	14,50–14,75	Fabrikkartoffeln pro Kilo %.
Gerste 695–705 kg	13,50–13,75	Seni 37,00–39,00
Gerste 675–685 kg	13,00–13,25	Blauer Mohn 58,00–63,00
Braugerste	—	Weizen u. Roggenstroh, lofe
Hafer	13,25–13,50	Weizen, u. Roggenstroh, geprägt
Roggemehl (65%)	21,25–21,50	Hafer- und Gerstenstroh, lofe
Weizenmehl (65%)	31,50–33,50	Hafer- und Gerstenstroh, geprägt
Weizenfleie (groß)	8,50–9,00	Hafer- und Gerstenstroh, lofe
Roggemehl	8,50–9,00	Hafer- und Gerstenstroh, geprägt
Speisefkartoffeln	2,45–2,70	Hafer- und Gerstenstroh, geprägt
Vistoriaerbien	20,00–24,00	Hafer, lofe
Folgererbien	22,00–25,00	Hafer, geprägt
Sommerwide	14,00–15,00	Rezebeu, lofe
Reuzen	13,00–14,00	Rezebeu, geprägt
Leintuchen	17,00–18,00	sonnenblumenflocken
Winternaps	39,00–40,00	flocken 46–48%
Rapsflocken	14,50–15,00	18,00–19,00
		Sojaöl 22,00–22,50

Gesamtrendenz: ruhig. Transaktionen zu anderen Bedingungen: Roggen 720 to, Weizen 75 to, Hafer 18 to, Gerste 30 to, Roggenfleie 90 to, Fabrikkartoffeln 540 to.

Danzer Getreidebörsen vom 17. Oktober. (Nichtamtlich.) Weizen, 130 Bid. 11,85 Roggen 9,00–9,10, Braugerste 10,50–10,80, Futtergerste 9,00–9,50, Hafer —, Vistoriaerbien 13,00 bis 16,75, grüne Erbien 14,00–16,25, kleine Erbien 11,00–11,50, Roggenfleie 5,60, Weizenfleie 6,25–6,35, Blaumohn 35,00–40,00, Blütenflocken 8,75–9,25 G. per 100 kg frei Danzig.

Die Preise haben weiter nachgegeben. Weizen notiert G. 12,00, Roggen G. 9,00, Durchschnittsgerste G. 9,60 per 100 kg frei Danzig.

Oktober-Lieferung.

60%iges Roggenmehl 18,25 DG., Weizenmehl 23,00 DG. frei Haus. Bessere Marken über Notiz.

Berliner Produktionsbericht vom 17. Oktober. Getreide- und Dörfelaten für 1000 Kg. ab Station in Goldmark: Weizen, märkt. 76–77 Kg. fr. Berlin 189,00, loco Station —, Roggen, märkt. 72–73 Kg. fr. Berlin 153,00, loco Station —, Braugerste 190,00–197,00, Butter- und Industriegerste —, Hafermärkt. 146,00–154,00, Mais —.

Für 100 Kg.: Weizenmehl 30,00–31,00, Roggenmehl 20,25–21,75, Weizenfleie 11,10–11,35, Roggenfleie 10,00–10,20, Vistoriaerbien 38,00–43,00, Kl. Speiererbien 31,00–35,00, Futtererbien 19,00 bis 20,00, Blütenflocken —, Haferbohnen —, Widen —, bis —, Lupinen, blaue —, Lupinen, gelbe —, Serradella, alte —, Leintuchen 16,40–16,50, Trockenflocken 9,80–10,10, Sonnenblumenflocken 13,60–13,80, weiße Speisefkartoffel 1,00–1,10, rote 1,00–1,15, blaue Odenwälder 1,00–1,20, Industriekartoffel 1,25–1,40, andere gelbe 1,15–1,30.

Gesamtrendenz: ruhig.

Biehmarkt.

(Wiederholung für einen Teil unserer Auflage.)

Posener Biehmarkt vom 17. Oktober. (Amtl. Marktbericht der Preisnotierungskommission.)

Auftrieb: 520 Rinder (darunter 58 Ochsen, 162 Bullen, 512 Kühe und Färden, 2481 Räuber, 3613 Schafe, — Ziegen, 12,628 Schweine, 42 Auslandschweine).

Die notierten Preise vertheilen sich einheitlich Fracht, Gewichtsverlust, Risiko, Marktpreisen und zulässigen Händlergewinn.

Man zahlte für 1 Pfund Lebendgewicht in Goldmarken:

Rinder: Ochsen: vollfleischig, ausgem. Ochsen von höchstem Schlachtgew. nicht angep. 70–76, vollfleischig, ausgem. Ochsen bis zu 3 G. 62–66, tunae, fleischige, nicht ausgemästete und ältere ausgemästete 52–58, mäßig genährte junge, gut genährte ältere 44–50.

Bullen: vollfleischige, ausgemästete von höchstem Goldmark belief, steht ein außerordentlich wirtschaftliches Machtmittel, gegen das sich goldarme Länder, wie Deutschland, kaum anders als durch schärfste Kontrolle ihrer eigenen Notenversorgung zu schützen vermögen. Von den heutigen gemünzten Goldbeträgen Europas besitzt Frankreich für sich allein etwa die Hälfte, dann folgt England mit 3,5 Milliarden, die Gruppe der kleinen mitteleuropäischen Länder (Belgien, Schweiz, Niederlande) mit 4,4 Milliarden, Spanien mit 1,8 Milliarden, in weitem Abstand folgt Italien mit 1,5 Milliarden; alle übrigen europäischen Länder erreichen nicht einmal die 300-Millionen-Grenze. Deutschland verfügte Ende Juni 1933 über 262 Millionen Mark Gold, der Goldvorrat der Vereinigten Staaten von Amerika betrug im Sommer immer noch mehr als 18 Milliarden Goldmark, alle übrigen Länder der Erde einschließlich Russlands verfügten im ganzen über 10 Milliarden Goldmark. Der Goldbes